Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3519

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
AB — 53001 — 2501/65

Bonn, den 8. Juni 1965

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag vom 21. April 1965 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Australischen Bund über die Aufteilung der von der Regierung des Staates Israel für das deutsche weltliche Vermögen in Israel gezahlten Entschädigung auf Deutschland und Australien

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 283. Sitzung am 4. Juni 1965 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag vom 21. April 1965 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Australischen Bund über die Aufteilung der von der Regierung des Staates Israel für das deutsche weltliche Vermögen in Israel gezahlten Entschädigung auf Deutschland und Australien

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 21. April 1965 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Australischen Bund über die Aufteilung der von der Regierung des Staates Israel für das deutsche weltliche Vermögen in Israel gezahlten Entschädigung auf Deutschland und Australien und den Briefwechseln 1 bis 3 wird zugestimmt. Der Vertrag und die Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Lande Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 16 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Der Vertrag und die Briefwechsel bedürfen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da sie sich auch auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da der Vertrag teilweise (vgl. Artikel 8 Abs. 1) von einer Behörde eines Landes, nämlich dem Ausgleichsamt Stuttgart, durchgeführt werden soll.

Zu Artikel 2

Der Vertrag soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 16 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden mit anderen als den bei Ausführung des Artikels 8 des Vertrages bezüglich der von dem Australischen Bund zu entschädigenden Personen entstehenden verhältnismäßig geringfügigen Verwaltungskosten nicht belastet.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Australischen Bund über die Aufteilung der von der Regierung des Staates Israel für das deutsche weltliche Vermögen in Israel gezahlten Entschädigung auf Deutschland und Australien

Treaty
between the Federal Republic of Germany and the Commonwealth of Australia regarding the Division between Germany and Australia of Compensation paid by the Government of the State of Israel for German Secular Property in Israel

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND DER
AUSTRALISCHE BUND,

IN DER ERWÄGUNG,

daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf Grund des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Israel über deutsches weltliches Vermögen in Israel vom 10. September 1952 (Anlage 1) mit der Regierung des Staates Israel Verhandlungen über die Höhe der für dieses Vermögen zu zahlenden Entschädigung geführt und in diesen Verhandlungen auch die Interessen der früheren deutschen Staatsangehörigen, welche die australische Staatsangehörigkeit erworben haben, wahrgenommen hat,

daß diese Verhandlungen mit dem am 1. Juni 1962 in Genf unterzeichneten Abkommen und den dazugehörigen sechs Briefwechseln (Anlage 2) abgeschlossen worden sind,

daß in dem Abkommen vom 1. Juni 1962 die von der Regierung des Staates Israel für das deutsche weltliche Vermögen in Israel zu zahlende Gesamtentschädigung auf vierundfünfzig Millionen Deutsche Mark (54 000 000 DM) festgesetzt worden ist,

daß, wie sich aus Artikel II des Abkommens vom 1. Juni 1962 und dem Briefwechsel Nr. 1 ergibt, von dem Betrage der Gesamtentschädigung von 54 000 000 DM entfallen

a) 45 000 000 DM auf die Entschädigung für Grundvermögen,

b) 7 000 000 DM auf die Entschädigung für die Barbeträge von 1 793 000 £ und 346 000 £,

c) 2 000 000 DM auf die Entschädigung für das nicht in Grundvermögen und nicht in den vorbezeichneten Barbeträgen bestehende Vermögen,

daß die Regierung des Staates Israel im Verlauf der genannten Verhandlungen an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vorläufige Entschädigungszahlungen von 22 800 000 DM abzüglich eines Betrages von 114 000 DM geleistet hat, welcher der Regierung des Staates Israel, die ihn als Zinsen auf Grund vorzeitiger Zahlung verlangt hatte, erlassen worden ist,

daß die Regierung des Staates Israel am 31. Dezember 1962 eine erste Ausgleichszahlung von 15 600 000 DM als Teil des nach Abzug der genannten vorläufigen Zahlungen noch ausstehenden Betrages von 31 200 000 DM geleistet hat,

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
AND
THE COMMONWEALTH OF AUSTRALIA,

IN CONSIDERATION OF THE FACT

that the Government of the Federal Republic of Germany by virtue of its Agreement of 10th September 1952 with the Government of the State of Israel regarding German Secular Property in Israel (attached as Annex 1) has negotiated with the Government of the State of Israel concerning the amount of compensation payable for this property and in its negotiations has represented inter alia the interests of former German nationals who have acquired Australian citizenship;

that the said negotiations have been concluded by virtue of an Agreement signed in Geneva on 1st June 1962 and six exchanges of letters related thereto (attached as Annex 2);

that in the said Agreement of 1st June 1962, total compensation payable by the Government of the State of Israel for German Secular Property in Israel is fixed at fifty-four million Deutschemark (54,000,000 Deutschemark);

that in accordance with Article II of the said Agreement of 1st June 1962 and exchange of letters No. 1 the said total compensation of 54,000,000 Deutschemark is comprised of the following sums:

a) 45,000,000 Deutschemark payable as compensation for real estate;

b) 7,000,000 Deutschemark payable as compensation for cash amounts of 1,793,000 and 346,000 pounds sterling;

c) 2,000,000 Deutschemark payable as compensation for property which does not consist of the above mentioned real estate and cash amounts;

that the Government of the State of Israel during the course of the above mentioned negotiations made to the Government of the Federal Republic of Germany interim payments of compensation amounting to 22,800 000 Deutschemark less an amount of 114,000 Deutschemark, which the Government of the State of Israel claimed and was granted because of what it considered to be interest lost through payment in advance;

that the Government of the State of Israel on 31st December 1962 made a first settlement payment of 15,600,000 Deutschemark as part of the amount of 31,200,000 Deutschemark which remained payable after the deduction of the said interim payments;

daß die Regierung des Staates Israel am 1. Dezember 1963 eine restliche Ausgleichszahlung von 15 600 000 DM abzüglich eines Betrages von 35 000 DM geleistet hat, welcher der Regierung des Staates Israel, die ihn als Zinsen auf Grund vorzeitiger Zahlung verlangt hatte, erlassen worden ist,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Der Australische Bund stimmt den Vereinbarungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Israel zu, auf Grund deren die Regierung des Staates Israel bis zum 1. Dezember 1963 Zahlungen in Höhe von 53 851 000 DM zum vollen Ausgleich des als Gesamtentschädigung für das deutsche weltliche Vermögen in Israel zu zahlenden Betrages von 54 000 000 DM geleistet hat.

Artikel 2

Von der in Artikel 1 genannten Gesamtentschädigung von 54 000 000 DM sind folgende Beträge abzusetzen:

a) 826 093 DM, die für die in Artikel 1 berücksichtigten Zinsabzüge und für bei der Verteilung bereits entstandene gemeinsame Unkosten verwendet worden sind,

b) 793 907 DM, die zur Bestreitung der bei der Verteilung künftig noch entstehenden gemeinsamen Unkosten zurückbehalten werden. Über diesen Betrag ist bis zur Höhe von 348 907 DM der Verein der Palästinadeutschen e. V. in Stuttgart mit Zustimmung des Templar Committee in Bentleigh (Australien) und mit jeweils einzuholender Ermächtigung des Bundesministers der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland zu verfügen berechtigt. Über die Verwendung des Restbetrages von 445 000 DM werden sich die Regierungen der Vertragsschließenden Staaten unmittelbar verständigen. Soweit nach Bestreitung aller bei der Verteilung entstandenen gemeinsamen Unkosten noch ein Betrag verbleibt, über den nicht verfügt worden ist, werden der Verein der Palästinadeutschen e. V. und das Templar Committee mit Ermächtigung des Bundesministers der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland über die Verwendung dieses Betrages gemeinsam beschließen.

Artikel 3

(1) Nach Absetzung der in Artikel 2 genannten Beträge steht von der Gesamtentschädigung zur Aufteilung auf die Bundesrepublik Deutschland und den Australischen Bund ein Betrag von 52 380 000 DM zur Verfügung.

(2) Von dem in Absatz 1 genannten Betrag entfallen

a) 43 650 000 DM auf die nach dem Abkommen vom 1. Juni 1962 für Grundvermögen vorgesehene Entschädigung von 45 000 000 DM,

b) 5 691 664 DM auf die nach dem Briefwechsel Nr. 1 zu dem Abkommen vom 1. Juni 1962 vorgesehene Entschädigung für den Barbetrag von 1 793 000 £,

c) 1 098 336 DM auf die nach dem Briefwechsel Nr. 1 zu dem Abkommen vom 1. Juni 1962 vorgesehene Entschädigung für den Barbetrag von 346 000 £,

that the Government of the State of Israel on 1st December 1963 made a final settlement payment of 15,600,000 Deutschemark less an amount of 35,000 Deutschemark which the Government of the State of Israel claimed and was granted because of what it considered to be interest lost through payment in advance;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

The Commonwealth of Australia consents to the arrangements made between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the State of Israel whereby the Government of the State of Israel made payments up to 1st December 1963 of 53,851,000 Deutschemark in full settlement of the amount of 54,000,000 Deutschemark payable as total compensation for the said German Secular Property in Israel.

Article 2

From the amount of 54,000,000 Deutschemark total compensation mentioned in Article 1 above shall be deducted the following amounts:

a) 826,093 Deutschemark used for the interest deductions referred to in Article 1 and for common costs already incurred in disbursing compensation,

b) 793,907 Deutschemark which shall be retained and used to defray any common costs incurred in the future in disbursing compensation. The Palestine German Association, Stuttgart, shall by agreement with the Templar Committee, Bentleigh, Australia, be entitled to dispose of up to 348,907 Deutschemark of the above mentioned amount subject in each instance to the authorisation of the Minister of Finance of the Federal Republic of Germany. The Governments of the Contracting States shall come to a direct agreement on the use of the remaining amount of 445,000 Deutschemark. The Palestine German Association and the Templar Committee shall subject to the authorisation of the Minister of Finance of the Federal Republic of Germany jointly decide on the use of any moneys remaining after all common costs incurred in disbursing compensation have been defrayed.

Article 3

(1) After deduction of the amounts referred to in Article 2 above an amount of 52,380,000 Deutschemark of the total compensation will be available for division between the Federal Republic of Germany and the Commonwealth of Australia.

(2) The amount specified in Clause 1 of this Article is comprised of the following sums:

a) 43,650,000 Deutschemark to be disbursed in respect of the amount of 45,000,000 Deutschemark envisaged in accordance with the Agreement of 1st June 1962, as compensation for real estate,

b) 5,691,664 Deutschemark to be disbursed in respect of the compensation envisaged in accordance with exchange of letters No. 1 to the Agreement of 1st June 1962, fo the cash amount of 1,793,000 pounds sterling,

c) 1,098,336 Deutschemark to be disbursed in respect of the compensation envisaged in accordance with exchange of letters No. 1 to the Agreement of 1st June 1962, for the cash amount of 346,000 pounds sterling,

d) 1 940 000 DM auf die nach dem Abkommen vom 1. Juni 1962 vorgesehene Entschädigung für das nicht in Grundvermögen und nicht in den vorbezeichneten Barbeträgen bestehende Vermögen.

d) 1,940,000 Deutschemark to be disbursed in respect of the compensation envisaged in accordance with the Agreement of 1st June 1962, for property which does not consist of real estate and the above mentioned cash amounts.

Artikel 4

Von dem in Artikel 3 Absatz 1 genannten Betrag von 52 380 000 DM sind die Beträge von 1 098 336 DM und 1 940 000 DM (Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben c und d) zur späteren Aufteilung auf die Bundesrepublik Deutschland und den Australischen Bund nach den Artikeln 7 und 8 abzusetzen.

Article 4

From the amount of 52,380,000 Deutschemark referred to in Clause 1 of Article 3 above shall be deducted the amounts of 1,098,336 Deutschemark and 1,940,000 Deutschemark (Clause 2c and d of Article 3 above) to be devided at a later date between the Federal Republic of Germany and the Commonwealth of Australia in accordance with Articles 7 and 8 below.

Artikel 5

(1) Von dem nach Absetzung der in den Artikeln 2 und 4 genannten Beträge sich ergebenden Betrag von 49 341 664 DM erhalten, vorbehaltlich der späteren Aufteilung der im Artikel 4 genannten Beträge,

a) die Bundesrepublik Deutschland 18 207 088 DM,

b) der Australische Bund 31 134 576 DM.

(2) In dem in Absatz 1 genannten Betrage von 49 341 664 DM sind enthalten:

a) ein Betrag von 17 460 000 DM als Anteil der Bundesrepublik Deutschland und ein Betrag von 26 190 000 DM als Anteil des Australischen Bundes an dem in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a genannten Betrage von 43 650 000 DM,

b) ein Betrag von 747 088 DM als Anteil der Bundesrepublik Deutschland und ein Betrag von 4 944 576 DM als Anteil des Australischen Bundes an dem in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b genannten Betrage von 5 691 664 DM.

(3) Von dem in Absatz 1 Buchstabe b genannten Anteil des Australischen Bundes sind abzuziehen:

a) ein Betrag von 13 831 292 DM, den die Regierung des Australischen Bundes bereits aus den von der Regierung des Staates Israel während der Verhandlungen geleisteten vorläufigen Zahlungen erhalten hat,

b) ein Betrag von 8 892 373 DM, den die Regierung des Australischen Bundes bereits aus dem von der Regierung des Staates Israel am 31. Dezember 1962 gezahlten Betrage von 15 600 000 DM erhalten hat.

(4) Nach Abzug der in Absatz 3 genannten Beträge steht dem Australischen Bund von dem in Absatz 1 Buchstabe b genannten Anteil noch ein Restbetrag von 8 410 911 DM zu. Dieser Restbetrag wird zuzüglich der bis zum Zeitpunkt der Überweisung aufgelaufenen Zinsen zu dem Anteil des Australischen Bundes nach Umrechnung in australische Pfunde an die Regierung des Australischen Bundes nach Abzug der Überweisungskosten binnen 30 Tagen nach Inkrafttreten dieses Vertrages gezahlt.

Article 5

(1) Of the amount of 49,341,664 Deutschemark remaining after deduction of the amounts specified in Articles 2 and 4 above

a) the Federal Republic of Germany shall receive 18,207,088 Deutschemark,

b) the Commonwealth of Australia shall receive 31,134,576 Deutschemark

subject to the division at a later date of the amounts specified in Article 4 above.

(2) The amount of 49,341,664 Deutschemark specified in Clause 1 of this Article contains:

a) an amount of 17,460,000 Deutschemark as the share of the Federal Republic of Germany and an amount of 26,190,000 Deutschemark as the share of the Commonwealth of Australia of the amount of 43,650,000 Deutschemark specified in Clause 2a of Article 3 above,

b) an amount of 747,088 Deutschemark as the share of the Federal Republic of Germany and an amount of 4,944,576 Deutschemark as the share of the Commonwealth of Australia of the amount of 5,691,664 Deutschemark specified in Clause 2b of Article 3 above.

(3) From the share of the Commonwealth of Australia specified in Clause 1b of this Article there shall be deducted:

a) an amount of 13,831,292 Deutschemark which the Government of the Commonwealth of Australia has already received by way of interim payments made by the Government of the State of Israel during the course of the negotiations,

b) an amount of 8,892,373 Deutschemark which the Government of the Commonwealth of Australia has already received out of the amount of 15,600,000 Deutschemark paid by the Government of the State of Israel on 31st December 1962.

(4) After deduction of the amounts mentioned in Clause 3 of this Article a remaining amount of 8,410,911 Deutschemark of the share mentioned in Clause 1b of this Article is due to the Commonwealth of Australia. This remaining amount, with the addition of whatever interest has accured on the share of the Commonwealth of Australia up to the date of transfer, shall after conversion to Australian pounds and the deduction of transfer costs be paid to the Government of the Commonwealth of Australia within thirty days of the coming into force of this Treaty.

Artikel 6

(1) Der Betrag von 43 650 000 DM (Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a) wird nur an Personen verteilt, deren Ansprüche sich auf Verluste an Grundstücken beziehen, die

Article 6

(1) Only persons whose claims derive from the loss of real estate as listed in Appendix B to the Special Agreement of 29th October 1959 concluded by the Gov-

in der Anlage B des zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Israel geschlossenen Sonderabkommens vom 29. Oktober 1959 (Anlage 3) oder in der Anlage 4 aufgeführt sind.

(2) Der Betrag von 5 691 664 DM (Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b) wird nur an Personen verteilt, deren Ansprüche sich auf Verluste an Grundstücken beziehen, die von den Mandatsbehörden zugunsten der Stadt Tel Aviv und der Gemeinden Ramat Gan, Bnei Braq und Givatayim in Besitz genommen oder an sie verkauft worden sind.

Artikel 7

(1) Der Betrag von 1 098 336 DM (Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe c) wird auf die Bundesrepublik Deutschland und den Australischen Bund aufgeteilt, sobald feststeht, ob und welche Personen Ansprüche wegen des Verlustes von Vermögensgegenständen haben, über die der palästinensische Verwalter für deutsches Vermögen verfügt hat und deren Gegenwert in dem bei diesem verbliebenen Restsaldo von 346 000 £ enthalten ist. Soweit solche Verluste nach Anmeldung innerhalb der von jedem der Vertragsschließenden Staaten bestimmten Frist nachgewiesen werden, wird der Berechtigte nach Maßgabe des Artikels 9 von der Bundesrepublik Deutschland oder von dem Australischen Bund entschädigt.

(2) Soweit innerhalb der von jedem der Vertragsschließenden Staaten bestimmten Frist Verluste der im Absatz 1 bezeichneten Art nicht angemeldet werden, wird der zur Entschädigung solcher Verluste nicht verwendete Rest des im Absatz 1 genannten Betrages nach Maßgabe des Artikels 9 an Personen verteilt, deren Ansprüche sich auf die von den Mandatsbehörden zugunsten der Stadt Tel Aviv und der Gemeinden Ramat Gan, Bnei Braq und Givatayim in Besitz genommenen oder an sie verkauften Grundstücke beziehen und die bei der Verteilung desjenigen Teils des Erlöses aus der Inbesitznahme oder dem Verkauf nicht berücksichtigt worden sind, den das Vereinigte Königreich an den Australischen Bund abgeführt hat und der von dem Australischen Bund verteilt worden oder noch zu verteilen ist.

(3) Der im Absatz 1 genannte Betrag wird auf die Bundesrepublik Deutschland und den Australischen Bund nach Maßgabe des Verhältnisses aufgeteilt, das sich aus der Gegenüberstellung der nach Artikel 9 von der Bundesrepublik Deutschland und von dem Australischen Bund zu zahlenden Entschädigungsbeträge an die nach Absatz 1 und 2 in Betracht kommenden Berechtigten ergibt.

Artikel 8

(1) Der Betrag von 1 940 000 DM (Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe d) wird auf die Bundesrepublik Deutschland und den Australischen Bund nach Maßgabe des Verhältnisses aufgeteilt, das sich aus der Gegenüberstellung der Verluste an Betriebsvermögen ergibt, die das Ausgleichsamt Stuttgart in Bescheiden für Personen festgestellt hat, welche nach Artikel 9 von der Bundesrepublik Deutschland oder von dem Australischen Bund zu entschädigen wären.

(2) Jedem der Vertragsschließenden Staaten bleibt es unbenommen, aus dem nach Absatz 1 auf ihn entfallenden Anteil auch Personen zu entschädigen, die andere Verluste als Verluste an Betriebsvermögen erlitten haben.

Artikel 9

Für die Verteilung der auf die Bundesrepublik Deutschland und den Australischen Bund entfallenden Anteile an der Gesamtentschädigung an die einzelnen Berechtigten gilt folgendes:

a) Aus dem auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Anteil wird entschädigt, wer als unmittelbar

ernment of the Federal Republic of Germany and the Government of the State of Israel (Annex 3) or in Annex 4 shall share in the distribution of the amount of 43,650,000 Deutschemark (Clause 2a of Article 3 above).

(2) Only such persons whose claims derive from the loss of real estate appropriated by the Mandate authorities in favour of the Municipality of Tel Aviv and the Local Councils of Ramat Gan, Bnei Braq and Givatayim or sold to them shall share in the distribution of the amount of 5,691,664 Deutschemark (Clause 2b of Article 3 above).

Article 7

(1) The amount of 1,098,336 Deutschemark (Clause 2c of Article 3 above) shall be devided between the Federal Republic of Germany and the Commonwealth of Australia as soon as it has been determined whether and which persons have claims to compensation for loss of assets disposed of by the Palestine Custodian of German Property of which the corresponding amount is contained in the final balance of 346,000 pounds sterling held by him at the time. If, after due registration of claims such losses are proved within the time limit fixed by either Contracting State, the persons concerned shall be compensated by the Federal Republic of Germany or by the Commonwealth of Australia pursuant to Article 9 below.

(2) Where losses in the nature of those mentioned in Clause 1 of this Article are not registered within the time limit determined by either Contracting State, the balance of the amount specified in Clause 1 of this Article which has not been used to compensate such losses shall, in accordance with Article 9 below, be disbursed to persons whose claims derive from the real estate appropriated by the Mandate authorities in favour of the Municipality of Tel Aviv and the Local Councils of Ramat Gan, Bnei Braq and Givatayim or sold to them and who did not share or shall not share in the disbursement of that part of the proceeds from the appropriation or sale paid by the United Kingdom to the Commonwealth of Australia and disbursed or to be disbursed by the said Commonwealth of Australia.

(3) The amount mentioned in Clause 1 of this Article shall be divided between the Federal Republic of Germany and the Commonwealth of Australia in the proportion resulting from comparison of the amounts of compensation to be paid by the Federal Republic of Germany and the Commonwealth of Australia in accordance with Article 9 below to persons entitled to such compensation under Clauses 1 and 2 of this Article.

Article 8

(1) The amount of 1,940,000 Deutschemark (Clause 2d of Article 3 above) shall be divided between the Federal Republic of Germany and the Commonwealth of Australia in the proportion resulting from comparison of losses of industrial property determined by the Ausgleichsamt (Equalization Board), Stuttgart, in assessment decisions in respect of persons who, under Article 9 below, would be entitled to compensation from the Federal Republic of Germany or the Commonwealth of Australia.

(2) Both Contracting States shall be at liberty also to compensate out of the share due to them pursuant to Clause 1 of this Article persons who have suffered losses other than losses of industrial property.

Article 9

The disbursement of the shares of total compensation of the Federal Republic of Germany and the Commonwealth of Australia shall be governed by the following principles:

a) From the share of the Federal Republic of Germany there shall be compensated persons having suffered

Geschädigter oder als Erbe oder weiterer Erbe eines unmittelbar Geschädigten in Betracht kommt, wenn der unmittelbar Geschädigte am Stichtage seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt nicht in Australien hatte. Ist der unmittelbar Geschädigte vor dem Stichtag verstorben, so werden seine Erben oder weiteren Erben, wenn sie ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt am Stichtage nicht in Australien hatten, aus dem auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Anteil entschädigt.

b) Aus dem auf den Australischen Bund entfallenden Anteil werden Personen entschädigt, die von der Regierung des Australischen Bundes als entschädigungsberechtigt angesehen werden und am Stichtage ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in Australien hatten oder, wenn dies nicht der Fall ist, an Stelle einer solchen Person Entschädigung beanspruchen. Zahlungen, die von der Regierung des Australischen Bundes an Personen, die zur Zeit der Zahlung ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in Australien hatten und vor dem Stichtag verstorben sind, vorzeitig geleistet worden sind, gelten unter den Vertragsschließenden Staaten als zu Recht erfolgt.

c) Als Stichtag wird der 1. Juni 1962 festgesetzt.

Artikel 10

Bei der Bestimmung der Höhe der an die einzelnen Berechtigten zu zahlenden Entschädigung werden nach den gleichen Grundsätzen ermittelte Schlüsselzahlen zugrunde gelegt.

Artikel 11

Die Entschädigung für Verluste der in den Artikeln 6, 7 und 8 bezeichneten Art, die juristische Personen erlitten haben, wird auf die Bundesrepublik Deutschland und den Australischen Bund in dem gleichen Verhältnis aufgeteilt, das im Artikel 5 Absatz 2 und in den Artikeln 7 und 8 für die Aufteilung der Gesamtentschädigung bei Verlusten natürlicher Personen vorgesehen ist oder vorgesehen wird.

Artikel 12

Der Australische Bund bestätigt, daß die Wahrnehmung der Interessen der früheren deutschen Staatsangehörigen, die jetzt die australische Staatsangehörigkeit besitzen, durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in den Verhandlungen mit der Regierung des Staates Israel auf Grund des Abkommens über deutsches weltliches Vermögen in Israel vom 10. September 1952 und bei Abschluß des Abkommens vom 1. Juni 1962 auf der Zustimmung und Ermächtigung beruht hat, die sowohl von der Regierung des Australischen Bundes als auch von den einzelnen Berechtigten, die jetzt die australische Staatsangehörigkeit besitzen, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber erklärt und von dieser angenommen worden sind.

Artikel 13

Der Australische Bund erkennt für sich und seine Staatsangehörigen, deren Interessen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in den Verhandlungen mit der Regierung des Staates Israel auf Grund des Abkommens über deutsches weltliches Vermögen in Israel vom 10. September 1952 und bei Abschluß des Abkommens vom 1. Juni 1962 wahrgenommen hat, an, daß in bezug auf diese Wahrnehmung der Interessen der früheren deutschen Staatsangehörigen, die jetzt die australische Staatsangehörigkeit besitzen, keine Einwendungen zu erheben sind.

losses of property or their heirs direct or indirect, provided that the original sufferer of such loss was not domiciled or permanently resident in Australia on the operative date. If the original sufferer of such losses died before the operative date, his heirs direct or indirect shall be compensated out of the share of the Federal Republic of Germany provided that they were not domiciled or permanently resident in Australia on the operative date.

b) From the share of the Commonwealth of Australia there shall be compensated persons who are considered by the Government of the Commonwealth of Australia to be justly entitled to receive compensation and who on the operative date were domiciled or permanently resident in Australia or if not so domiciled or permanently resident in Australia claim through any such person. Preliminary disbursements made by the Government of the Commonwealth of Australia to persons who were domiciled or permanently resident in Australia at the time of the disbursement and who died before the operative date are deemed as between the Contracting States to have been properly so made.

c) The operative date is fixed at 1st June 1962.

Article 10

In determining the entitlement to payment of compensation to individuals, "key figures" established according to identical principles shall serve as the base for calculations.

Article 11

The compensation for losses in the nature of those specified in Articles 6, 7 and 8 above suffered by juridical persons shall be divided between the Federal Republic of Germany and the Commonwealth of Australia in the same proportion as that provided for or to be provided for in Clause 2 of Article 5 and Articles 7 and 8 above for the division of total compensation in respect of losses suffered by natural persons.

Article 12

The Commonwealth of Australia confirms that such protection of the interests of those former German nationals who now possess Australien citizenship as the Government of the Federal Republic of Germany effected both by negotiating with the Government of the State of Israel in pursuance of the Agreement of 10th September 1952 regarding German Secular Property in Israel and by concluding the Agreement of 1st June 1962, was based on the consent and authorisation of the Government of the Commonwealth of Australia and of individual claimants who now possess Australien citizenship, as given to and accepted by the Government of the Federal Republic of Germany.

Article 13

The Commonwealth of Australia acknowledges on its own behalf and on behalf of its citizens whose interests the Government of the Federal Republic of Germany protected both by negotiating with the Government of the State of Israel in pursuance of the Agreement of 10th September 1952 regarding German Secular Property in Israel and by concluding the Agreement of 1st June 1962, that it has no objection to raise in respect of such protection of the interests of former German nationals who now possess Australian citizenship.

Artikel 14

Der Australische Bund erkennt nach Erhalt seines Anteils an der von der Regierung des Staates Israel für deutsches weltliches Vermögen in Israel gezahlten Gesamtentschädigung, wie er sich nach diesem Vertrag ergibt, zuzüglich Zinsen, an, daß dieser Anteil den gerechten Anteil an der Gesamtentschädigung darstellt und daß weder er selbst noch seine Staatsangehörigen, deren Interessen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wahrgenommen hat, noch andere Personen, die aus dem australischen Anteil an der Gesamtentschädigung entschädigt werden, mit Bezug auf die von der Regierung des Staates Israel für das vorgenannte Vermögen nach dem Abkommen vom 1. Juni 1962 gezahlte Entschädigung Ansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen haben.

Artikel 15

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Australischen Bundes innerhalb von 3 Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 16

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Canberra ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

GESCHEHEN zu Bonn am 21. April 1965 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Bernhard Wolff

Für den Australischen Bund
F. J. Blakeney

Article 14

The Commonwealth of Australia following receipt of its share plus interest of the total compensation paid by the Government of the State of Israel in respect of German Secular Property in Israel, which share is established by the present Treaty, acknowledges that this share represents its due share of total compensation and that neither itself nor its citizens whose interests have been represented by the Government of the Federal Republic of Germany nor other persons who are compensated from the Australian share of the total compensation have any valid claim against the Federal Republic of Germany with regard to compensation paid by the Government of the State of Israel for such property in accordance with the said Agreement of 1st June 1962.

Article 15

The present Treaty shall also apply to Land Berlin provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a contrary declaration to the Government of the Commonwealth of Australia within three months from the entry into force of the present Treaty.

Article 16

(1) The present Treaty shall require ratification; the Instruments of Ratification shall be exchanged in Canberra as soon as possible.

(2) The present Treaty shall enter into force one month after the exchange of Instruments of Ratification.

DONE at Bonn, 21st April 1965 in four originals, two in German and two in English, the text of each being equally binding.

For the Federal Republic of Germany
Bernhard Wolff

For the Commonwealth of Australia
F. J. Blakeney

Brief Nr. 1 a)

Der Bevollmächtigte
der Bundesrepublik Deutschland

Bonn, den 21. April 1965

Exzellenz,

ich beehre mich, auf Artikel 8 des heute unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Australischen Bund Bezug zu nehmen. In den Verhandlungen, die im Zusammenhang mit diesem Vertrag geführt worden sind, ist Einvernehmen darüber erzielt worden, daß gegen die Feststellungsbescheide des Ausgleichsamtes Stuttgart den aus dem australischen Anteil an der Entschädigungssumme zu entschädigenden Personen dieselben Rechtsmittel zustehen, welche nach dem deutschen Gesetz über die Verteilung des auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Anteils an der von Israel für das deutsche weltliche Vermögen in Israel nach dem deutsch-israelischen Abkommen vom 1. Juni 1962 gezahlten Entschädigung den aus diesem Anteil zu entschädigenden Personen zustehen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bernhard Wolff

Seiner Exzellenz
dem Australischen Botschafter
Herrn F. J. Blakeney

Letter No. 1 b)

Australian Embassy

Bonn, 21 April 1965

Dear Herr Wolff,

I have the honour to confirm the receipt of your letter of 21 April 1965 which in agreed translation reads as follows:

"I have the honour to refer to Article 8 of the Treaty, signed today, between the Federal Republic of Germany and the Commonwealth of Australia. In the negotiations conducted in connection with the above mentioned Treaty it has been agreed that persons entitled to compensation from the share of the Commonwealth of Australia in the total amount of compensation, shall have the same rights of appeal against the assessment decisions of the Ausgleichsamt Stuttgart as are granted in pursuance of the German Law on the Distribution of the Share of the Federal Republic of Germany in the Compensation paid by Israel for German Secular Property in Israel according to the German-Israel Agreement of 1st June, 1962, to persons entitled to compensation from this share."

I have the honour to inform you that the Commonwealth of Australia agrees that persons entitled to compensation from the share of the Commonwealth of Australia in the total amount of compensation shall have the same rights of appeal against the assessment decisions of the Ausgleichsamt Stuttgart as have according to the above mentioned German law persons entitled to compensation from the share of the Federal Republic of Germany.

Accept, dear Herr Wolff, the assurance of my highest consideration.

F. J. Blakeney

Herr Ministerialdirektor a. D.
Bernhard Wolff
Plenipotentiary of
the Federal Republic of Germany

Brief Nr. 1 b) *(Übersetzung)*

Australische Botschaft

Bonn, den 21. April 1965

Sehr geehrter Herr Wolff!

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Briefes vom 21. April 1965 zu bestätigen, der in vereinbarter Übersetzung wie folgt lautet:

„ich beehre mich, auf Artikel 8 des heute unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Australischen Bund Bezug zu nehmen. In den Verhandlungen, die im Zusammenhang mit diesem Vertrag geführt worden sind, ist Einvernehmen darüber erzielt worden, daß gegen die Feststellungsbescheide des Ausgleichsamtes Stuttgart den aus dem australischen Anteil an der Entschädigungssumme zu entschädigenden Personen dieselben Rechtsmittel zustehen, welche nach dem deutschen Gesetz über die Verteilung des auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Anteils an der von Israel für das deutsche weltliche Vermögen in Israel nach dem deutsch-israelischen Abkommen vom 1. Juni 1962 gezahlten Entschädigung den aus diesem Anteil zu entschädigenden Personen zustehen."

Ich habe die Ehre Ihnen mitzuteilen, daß der Australische Bund damit einverstanden ist, daß Personen, die zur Entschädigung aus dem Anteil des Australischen Bundes an der Gesamtentschädigung berechtigt sind, dieselben Rechtsmittel gegen die Feststellungsbescheide des Ausgleichsamtes Stuttgart zustehen, welche Personen zustehen, die nach dem obenerwähnten deutschen Gesetz zur Entschädigung aus dem Anteil der Bundesrepublik Deutschland berechtigt sind

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Wolff, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

F. J. Blakeney

Herrn Ministerialdirektor a. D.
Bernhard Wolff
Bevollmächtigter der
Bundesrepublik Deutschland

Brief Nr. 2 a)

Der Bevollmächtigte
der Bundesrepublik Deutschland

Bonn, den 21. April 1965

Exzellenz,

ich beehre mich, auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Australischen Bund Bezug zu nehmen. In den Verhandlungen, die im Zusammenhang mit diesem Vertrag geführt worden sind, ist Einvernehmen darüber erzielt worden, daß die Regierungen der Vertragsschließenden Staaten sich über eine vorläufige Anwendung des Vertrages verständigen werden, falls wider Erwarten die Ratifikation des Vertrages nicht vor Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages möglich sein sollte.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bernhard Wolff

Seiner Exzellenz
dem Australischen Botschafter
Herrn F. J. Blakeney

Letter No. 2 b)

Australian Embassy

Bonn, 21 April 1965

Dear Herr Wolff,

I have the honour to confirm the receipt of your letter of 21 April 1965 which in agreed translation reads as follows:

"I have the honour to refer to the Treaty, signed today, between the Federal Republic of Germany and the Commonwealth of Australia. In the negotiations conducted in connection with the above mentioned Treaty it has been agreed that the Governments of the Contracting States will come to an understanding as to the provisional application of the said Treaty in the unexpected event of its ratification not being achieved before the expiration of the present period of legislation of the German Bundestag."

I have the honour to confirm that the Governments of the Contracting States will come to an understanding as to the provisional application of the said Treaty in the event of its ratification not being achieved before the expiration of the present period of legislation of the German Bundestag.

Accept, dear Herr Wolff, the assurance of my highest consideration.

F. J. Blakeney

Herr Ministerialdirektor a. D.
Bernhard Wolff
Plenipotentiary of
the Federal Republic of Germany

Brief Nr. 2 b) *(Übersetzung)*

Australische Botschaft

Bonn, den 21. April 1965

Sehr geehrter Herr Wolff!

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Briefes vom 21. April 1965 zu bestätigen, der in vereinbarter Übersetzung wie folgt lautet:

„ich beehre mich, auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Australischen Bund Bezug zu nehmen. In den Verhandlungen, die im Zusammenhang mit diesem Vertrag geführt worden sind, ist Einvernehmen darüber erzielt worden, daß die Regierungen der Vertragsschließenden Staaten sich über eine vorläufige Anwendung des Vertrages verständigen werden, falls wider Erwarten die Ratifikation des Vertrages nicht vor Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages möglich sein sollte."

Ich habe die Ehre zu bestätigen, daß die Regierungen der Vertragsschließenden Staaten sich über eine vorläufige Anwendung des bezeichneten Vertrages verständigen werden, falls seine Ratifikation nicht vor Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages möglich sein sollte.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Wolff, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

F. J. Blakeney

Herrn Ministerialdirektor a. D.
Bernhard Wolff
Bevollmächtigter der
Bundesrepublik Deutschland

Brief Nr. 3 a)

Der Bevollmächtigte
der Bundesrepublik Deutschland

Bonn, den 21. April 1965

Exzellenz,

ich beehre mich, auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Australischen Bund Bezug zu nehmen.

In den Verhandlungen, die im Zusammenhang mit diesem Vertrag geführt worden sind, ist Einvernehmen darüber erzielt worden, daß die Briefe Nr. 1 a, 1 b, 2 a, 2 b, die wir heute ausgetauscht haben, einen Bestandteil des vorgenannten Vertrages bilden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bernhard Wolff

Seiner Exzellenz
dem Australischen Botschafter
Herrn F. J. Blakeney

Letter No. 3 b)

Australian Embassy

Bonn, 21 April 1965

Dear Herr Wolff,

I have the honour to refer to the Treaty, signed today, between the Commonwealth of Australia and the Federal Republic of Germany.

In the negotiations conducted in connection with the above mentioned Treaty it has been agreed that the letters exchanged between us today and numbered 1 a, 1 b, 2 a, 2 b shall form an integral part of the Treaty mentioned above.

Accept, dear Herr Wolff, the assurance of my highest consideration.

F. J. Blakeney

Herr Ministerialdirektor a. D.
Bernhard Wolff
Plenipotentiary of
the Federal Republic of Germany

Brief Nr. 3 b) *(Übersetzung)*

Australische Botschaft

Bonn, den 21. April 1965

Sehr geehrter Herr Wolff!

Ich beehre mich, auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen dem Australischen Bund und der Bundesrepublik Deutschland Bezug zu nehmen.

In den Verhandlungen, die im Zusammenhang mit dem oben bezeichneten Vertrag geführt worden sind, ist Einvernehmen darüber erzielt worden, daß die Briefe 1 a, 1 b, 2 a, 2 b, die wir heute ausgetauscht haben, einen Bestandteil des oben bezeichneten Vertrages bilden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Wolff, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

F. J. Blakeney

Herrn Ministerialdirektor a. D.
Bernhard Wolff
Bevollmächtigter der
Bundesrepublik Deutschland

Annex 1

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of Israel

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of Israel hereby agree as follows:—

Article 1

The Contracting Parties will enter into negotiations concerning the secular property in Israel which falls within the terms of Section 2, paragraph (e) of the "German Property Law. 5710-1950".

Article 2

Insofar as the negotiations will relate to the property of physical persons, such negotiations shall be concerned with German nationals, irrespective of their places of residence. Insofar as former German nationals are concerned who have meanwhile acquired a new nationality, the Contracting Parties agree in principle that such persons, too, shall be brought within the framework of the negotiations, subject, however, to:—

a) the government of the state whose nationality such former German nationals have acquired, agreeing to the Federal Republic of Germany representing their interests in such negotiations; and

b) such persons giving their express consent that the protection of their interests be taken over by the Government of the Federal Republic of Germany.

Article 3

The negotiations shall commence not later than four months after the coming into force of the Agreement signed today between the Federal Republic of Germany and the State of Israel.

Article 4

The negotiations shall be conducted on the following principles:—

a) The negotiations shall be conducted on the German side exclusively by the Government of the Federal Republic of Germany or by their authorized representatives. The Government of the Federal Republic of Germany will lend no support to any steps that may be taken by individual claimants or groups of claimants vis-à-vis the Government of Israel.

b) The Government of Israel will notify the Government of the Federal Republic of Germany through the channels of the Israel Mission referred to in Article 12 of the Agreement between the Federal Republic of Germany and the State of Israel signed today of the names of their representatives and will suggest a venue for the negotiations.

c) The Government of Israel recognize the principle that compensation shall be paid for the property referred to in Article 1 of the present Agreement, in an amount corresponding to such value of the said property, as shall be assessed in the course of the negotiations envisaged.

Anlage 1

(Übersetzung)

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Israel

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung des Staates Israel kommen wie folgt überein:

Artikel 1

Die Vertragschließenden Parteien werden in Verhandlungen eintreten über das weltliche Vermögen in Israel, wie es in § 2 Abs. e) des „Gesetzes über deutsches Vermögen 5710—1950" definiert ist.

Artikel 2

Soweit diese Verhandlungen das Vermögen von natürlichen Personen betreffen, sollen sie sich auf deutsche Staatsangehörige ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz beziehen. Was frühere deutsche Staatsangehörige betrifft, die inzwischen eine neue Staatsbürgerschaft erworben haben, so sind sich die Vertragschließenden Parteien grundsätzlich darüber einig, daß auch diese Personen in die Verhandlungen einbezogen werden sollen, vorausgesetzt jedoch, daß

a) die Regierung des Landes, dessen Staatsangehörigkeit die früheren deutschen Staatsangehörigen erworben haben, damit einverstanden ist, daß die Bundesrepublik Deutschland die Interessen dieser früheren deutschen Staatsangehörigen in den Verhandlungen wahrnimmt, und

b) diese Personen ihr ausdrückliches Einverständnis zu der Übernahme der Wahrung ihrer Interessen durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geben.

Artikel 3

Die Verhandlungen sollen nicht später als vier Monate nach Inkrafttreten des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel unterzeichneten Abkommens beginnen.

Artikel 4

Für die Verhandlungen gelten folgende Grundsätze:

a) Die Verhandlungen werden von deutscher Seite ausschließlich durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder ihre bevollmächtigten Vertreter geführt. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird keine Schritte unterstützen, die einzelne Anspruchsberechtigte oder Gruppen von Anspruchsberechtigten gegenüber der Israelischen Regierung unternehmen.

b) Die Israelische Regierung wird der Regierung der Bundesrepublik Deutschland durch die in Artikel 12 des heute unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel vorgesehene Israelische Mission die Namen ihrer Vertreter mitteilen und einen Ort für die Verhandlungen vorschlagen.

c) Die Israelische Regierung erkennt den Grundsatz an, daß für das in Artikel 1 dieses Abkommens bezeichnete Vermögen eine Entschädigung in Höhe des in den vorgesehenen Verhandlungen festzustellenden Wertes dieses Vermögens zu leisten ist.

d) The Government of Israel agree that the amount of compensation payable as a result of the negotiations shall be paid in Deutsche Mark out of the Deutsche Mark Account of the Israel Mission with the Bank deutscher Länder, or with any central bank of issue which may take its place Such amount shall not be subject to the provisions of the Agreement signed today between the Federal Republic of Germany and the State ot Israel, insofar as the same relate to the use of moneys paid into the said Account of the Israel Mission.

Article 5

The negotiations shall in no way effect agreements concluded, or current or future negotiations on the restitution of, or the payment of compensation for, property within the terms of Section 2, paragraph (e) of the "German Property Law, 5710-1950", which was or is owned by ecclesiastical or charitable organizations.

Article 6

The Government of Israel undertake to make available upon request during the negotiations all documents at their disposal which may be of importance for the tracing of German property or the assessment of its value.

Article 7

Should the negotiations not lead to agreement within nine months from their commencement, and after examination of all documentary proof submitted, the Contracting Parties will agree on a mediator. In the event of the Contracting Parties failing to reach agreement on the person of the mediator, they shall agree to request the Sovereign of either Denmark, Norway or Sweden to nominate such mediator. The Contracting Parties undertake to be bound by the proposals of the mediator.

IN FAITH WHEREOF the undersigned representatives duly authorized thereto have signed the present Agreement.

DONE at Luxembourg this tenth day of September, 1952, in two originals, in the English language, one copy of which shall be furnished to each one of the Contracting Parties.

For the Government of the Federal Republic of Germany

signed: Böhm

For the Government of Israel

signed: Shinnar signed: G. Josephthal

d) Die Israelische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß der sich durch die Verhandlungen ergebende Entschädigungsbetrag in Deutscher Mark zu zahlen ist, und zwar aus dem DM-Konto der Israelischen Mission bei der Bank deutscher Länder oder einer an ihre Stelle tretenden Zentralnotenbank. Hinsichtlich dieses Betrages finden die in dem heute von der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel unterzeichneten Abkommen vorgesehenen Bestimmungen, soweit sie die Verwendung der auf das besagte Konto der Israelischen Mission eingezahlten Beträge betreffen, keine Anwendung

Artikel 5

Die Verhandlungen berühren in keiner Weise bereits geschlossene Abkommen oder noch laufende oder künftige Verhandlungen über die Rückgabe oder Entschädigung von Vermögen im Sinne von § 2 Abs. e) des „Gesetzes über deutsches Vermögen 5710—1950", soweit es kirchlichen oder karitativen Organisationen gehört hat oder noch gehört.

Artikel 6

Die Israelische Regierung verpflichtet sich, in den Verhandlungen auf Anforderung alle ihr zugänglichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die für die Feststellung des deutschen Vermögens oder die Ermittlung seines Wertes von Bedeutung sein können.

Artikel 7

Sollten die Verhandlungen nicht innerhalb von neun Monaten nach ihrem Beginn und nach Prüfung des gesamten vorgelegten Beweismaterials zu einer Einigung führen, so werden sich die beiden Regierungen auf einen Vermittler einigen. Im Falle der Nichteinigung über die Person des Vermittlers werden die Vertragschließenden Parteien einen der Souveräne Dänemarks, Norwegens oder Schwedens einverständlich bitten, den Vermittler zu ernennen. Die Vertragschließenden Parteien verpflichten sich, die Vorschläge des Vermittlers als bindend anzunehmen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Vertreter auf Grund gehöriger Vollmachten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN in Luxemburg am zehnten September 1952 in englischer Sprache in zwei Ausfertigungen, von denen jede der Vertragschließenden Parteien eine Ausfertigung erhält.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:
gez. Böhm

Für die Regierung
des Staates Israel:
gez. Shinnar gez. G. Josephthal

Annex 2

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of Israel regarding German Secular Property in Israel

CONSIDERING that the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the State of Israel have concluded at Luxembourg on 10 September 1952 an agreement concerning compensation for German secular property in Israel, hereinafter called "The Property Agreement", and

CONSIDERING that pursuant to Article 7 of the Property Agreement the Contracting Parties have concluded at Copenhagen on 29 October 1959, a "Special Agreement", by which a Mediator was appointed and certain questions were referred to him for mediation, and

CONSIDERING that the Contracting Parties have requested the Mediator to make a reconciliation proposal, and

CONSIDERING that the Mediator has submitted at Geneva on 21 May 1962 "Suggested Terms of a Fair Settlement", the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the State of Israel have agreed as follows:—

Article I

Israel agrees to pay to the order of the Federal Republic of Germany the sum of fifty four million Deutsche Mark (DM 54,000,000)

Article II

The amount of DM 54,000,000 referred to in Article 1 hereof is made up as follows:—

a) the sum of DM 45,000,000 suggested by the Mediator as a fair settlement of all the claims of the Federal Republic of Germany which under the Special Agreement were submitted to mediation; and
b) the sum of DM 9,000,000 in respect of all other claims advanced with regard to German secular property in Israel.

Article III

(1) On account of the amount referred to in Article 1 hereof, Israel has already paid to the Federal Republic of Germany sums totalling twenty two million eight hundred thousand Deutsche Mark (DM 22,800,000).

(2) The balance amounting to thirty one million two hundred thousand Deutsche Mark (DM 31,200,000) will be paid by Israel in two equal instalments, payable not later than 31 December 1962, and not later than 31 December 1963, respectively, in the manner provided for in Article 4 (d) of the Property Agreement.

Article IV

The payment of the amount of DM 54,000,000 referred to in Article I hereof shall be in full and final discharge of all claims, rights and interests of the Federal Republic of Germany or any person or body claiming for or under it or any of the persons referred to in Article 2 of the Property Agreement, by virtue of the Property Agree-

Anlage 2 *(Übersetzung)*

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Israel über deutsches weltliches Vermögen in Israel

IN DER ERWÄGUNG, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung des Staates Israel am 10. September 1952 in Luxemburg ein Abkommen über Entschädigung für deutsches weltliches Vermögen in Israel, im folgenden als „Vermögensabkommen" bezeichnet, geschlossen haben, und

IN DER ERWÄGUNG, daß die Vertragsparteien nach Artikel 7 des Vermögensabkommens am 29. Oktober 1959 in Kopenhagen ein Sonderabkommen geschlossen haben, durch das ein Vermittler bestellt und diesem bestimmte Fragen zur Entscheidung unterbreitet wurden, und

IN DER ERWÄGUNG, daß die Vertragsparteien den Vermittler ersucht haben, einen Vergleichsvorschlag zu machen, und

IN DER ERWÄGUNG, daß der Vermittler am 21. Mai 1962 in Genf „Vorschläge für eine angemessene Regelung" (Suggested Terms of a Fair Settlement) vorgelegt hat, sind die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung des Staates Israel wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Israel ist bereit, an die Order der Bundesrepublik Deutschland den Betrag von vierundfünfzig Millionen Deutsche Mark (54 000 000 DM) zu zahlen.

Artikel II

Der in Artikel I genannte Betrag von 54 000 000 DM setzt sich wie folgt zusammen:

a) aus einem Betrag von 45 000 000 DM, den der Vermittler als angemessene Regelung aller nach dem Sonderabkommen der Vermittlung unterliegenden Ansprüche der Bundesrepublik Deutschland vorgeschlagen hat, und
b) aus einem Betrag von 9 000 000 DM für alle anderen hinsichtlich des deutschen weltlichen Vermögens in Israel geltend gemachten Ansprüche.

Artikel III

(1) In Anrechnung auf den in Artikel I genannten Betrag hat Israel der Bundesrepublik Deutschland bereits insgesamt zweiundzwanzig Millionen achthunderttausend Deutsche Mark (22 800 000 DM) gezahlt.

(2) Den Restbetrag von einunddreißig Millionen zweihunderttausend Deutsche Mark (31 200 000 DM) zahlt Israel in zwei gleichen Raten je bis zum 31. Dezember 1962 und bis zum 31. Dezember 1963 in der in Artikel 4 Buchstabe d des Vermögensabkommens vorgesehenen Weise.

Artikel IV

Durch die Zahlung des in Artikel I genannten Betrags von 54 000 000 DM werden alle Ansprüche, Rechte und Interessen vollständig und endgültig abgegolten, welche die Bundesrepublik Deutschland, eine unter Berufung auf diese handelnde natürliche oder juristische Person oder eine der in Artikel 2 des Vermögensabkommens bezeich-

ment or by virtue of any other claim or title regarding German secular property in Israel; and the Government of the Federal Republic of Germany hereby acknowledges that upon payment of the amount referred to in Article I hereof, it will have no claim, right or interest whatsoever under the Property Agreement or under any other title whatsoever against the State of Israel in regard to any matter relating to German secular property in Israel.

Article V

This Agreement shall be communicated to the Mediator appointed under the Special Agreement, with the request of both Parties that the mediation proceedings be formally terminated.

Article VI

Subject to the provisions of Article III hereof, the Property Agreement and the Special Agreement shall cease to have any further force and effect.

Article VII

This Agreement shall come into force on the day following the day on which the Government of the Federal Republic of Germany notifies the Government of Israel that the constitutional requirements to give effect hereto have been fulfilled.

DONE at Geneva on the first day of June 1962 in two originals in the English language with two authentic copies thereof; each of the Contracting Parties shall be furnished with one original, and the Mediator with the authentic copies.

For the Government
of the Federal Republic of Germany
Bernhard Wolff

For the Government
of Israel
Zev Argaman

neten Personen auf Grund des Vermögensabkommens oder eines anderen, das deutsche weltliche Vermögen in Israel betreffenden Anspruchs oder Rechtstitels geltend macht; die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erkennt hiermit an, daß sie in bezug auf keine, das deutsche weltliche Vermögen in Israel betreffende Angelegenheit nach Zahlung des in Artikel I genannten Betrags gegenüber dem Staat Israel irgendwelche Ansprüche, Rechte oder Interessen auf Grund des Vermögensabkommens oder eines anderen Rechtstitels hat.

Artikel V

Dieses Abkommen wird dem auf Grund des Sonderabkommens bestellten Vermittler zusammen mit dem Ersuchen beider Vertragsparteien zugeleitet, das Vermittlungsverfahren förmlich für beendet zu erklären.

Artikel VI

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels III treten das Vermögensabkommen und das Sonderabkommen außer Kraft.

Artikel VII

Dieses Abkommen tritt einen Tag nach dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung von Israel notifiziert, daß die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkraftsetzen erfüllt sind.

GESCHEHEN zu Genf am 1. Juni 1962 in zwei Urschriften in englischer Sprache mit zwei beglaubigten Abschriften; jede der Vertragsparteien erhält eine Urschrift, der Vermittler die beglaubigten Abschriften.

Für die
Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Bernhard Wolff

Für die
Regierung von Israel
Zev Argaman

Letter No. 1 a

Geneva, 1st June 1962

Head of German Delegation

The Authorized Agent
of the Government of the State of Israel

Dear Mr. Argaman

in connection with the Agreement signed today between our Governments, I have the honour to particularize hereunder the separate claims which were advanced against the Government of Israel by the Government of the Federal Republic of Germany and to which the sum mentioned in Article II (b) of the said Agreement relates; namely:—

(1) The amount of £1,793,000 (one million seven hundred and ninety three thousand pounds sterling) referred to in Article 5 (e) of an Agreement concluded between the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of Israel at London on 30 March 1950;

(2) The amount of £346,000 (three hundred and forty six thousand pounds sterling) referred to in the same Article of the said Agreement of 30 March 1950;

(3) Property other than real estate which is or at any time was vested in the Custodian of German Property in Israel under Israel law.

The sum of DM 7,000,000 (seven million Deutsche Mark) is being paid in respect of the claims mentioned under (1) and (2) above, and the balance of DM 2,000,000 (two million Deutsche Mark) is being paid in respect of the property other than real estate mentioned under (3) above.

In this connection, I should like to state that, in the opinion of the Government of the Federal Republic of Germany, the acceptance, as a result of reconciliation proceedings, of the said sum of DM 7,000,000 (seven million Deutsche Mark) in respect of the amounts of £1,793,000 and £346,000 mentioned above, does not prejudice any claims which your Government or any third Government may have against the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland with regard to these amounts.

Please, accept, dear Mr. Argaman, the assurance of my highest consideration.

Bernhard Wolff

Schreiben Nr. 1 a *(Übersetzung)*

Genf, den 1. Juni 1962

Der Leiter der deutschen Delegation

An den
bevollmächtigten Vertreter
der Regierung des Staates Israel

Sehr geehrter Herr Argaman,

im Zusammenhang mit dem heute unterzeichneten Abkommen zwischen unseren Regierungen beehre ich mich, im folgenden die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Israel geltend gemachten Ansprüche einzeln aufzuführen, auf die sich der in Artikel II Buchstabe b dieses Abkommens erwähnte Betrag bezieht:

1. Der Betrag von £1 793 000 (eine Million siebenhundertdreiundneunzigtausend Pfund Sterling), der in Artikel 5 Buchstabe e des am 30. März 1950 in London zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Regierung von Israel geschlossenen Abkommens genannt ist,
2. der im gleichen Artikel jenes Abkommens vom 30. März 1950 genannte Betrag von £346 000 (dreihundertsechsundvierzigtausend Pfund Sterling),
3. das nicht in Grundstücken bestehende Vermögen, das nach israelischem Recht der Verfügungsgewalt des Verwalters des deutschen Vermögens in Israel untersteht oder jemals unterstand.

Für die unter Nummern 1 und 2 genannten Ansprüche wird ein Betrag von 7 000 000 DM (sieben Millionen Deutsche Mark) gezahlt, und für das unter Nummer 3 genannte nicht in Grundstücken bestehende Vermögen wird ein Betrag von 2 000 000 DM (zwei Millionen Deutsche Mark) gezahlt.

In diesem Zusammenhang darf ich feststellen, daß nach Ansicht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die durch das Vergleichsverfahren bedingte Annahme des genannten Betrags von 7 000 000 DM (sieben Millionen Deutsche Mark) für die oben erwähnten Beträge von £1 793 000 und £346 000 irgendwelche Ansprüche Ihrer Regierung oder einer dritten Regierung bezüglich dieser Beträge gegenüber der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland nicht präjudiziert.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Argaman, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bernhard Wolff

Letter No. 1 b

Geneva, 1st June 1962

Head of Israel Delegation

The Authorized Agent
of the Government of the Federal Republic of Germany

Dear Herr Wolff,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter of today's date, which reads as follows:—

"In connection with the Agreement signed today between our Governments, I have the honour to particularize hereunder the separate claims which were advanced against the Government of Israel by the Government of the Federal Republic of Germany and to which the sum mentioned in Article II (b) of the said Agreement relates; namely:—

(1) The amount of £1,793,000 (one million seven hundred and ninety three thousand pounds sterling) referred to in Article 5 (e) of an Agreement concluded between the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of Israel at London on 30 March 1950;

(2) The amount of £346,000 (three hundred and forty six thousand pounds sterling) referred to in the same Article of the said Agreement of 30 March 1950;

(3) Property other than real estate which is or at any time was vested in the Custodian of German Property in Israel under Israel law.

The sum of DM 7,000,000 (seven million Deutsche Mark) is being paid in respect of the claims mentioned under (1) and (2) above, and the balance of DM 2,000,000 (two million Deutsche Mark) is being paid in respect of the property other than real estate mentioned under (3) above.

In this connection, I should like to state that, in the opinion of the Government of the Federal Republic of Germany, the acceptance as a result of reconciliation proceedings of the said sum of DM 7,000,000 (seven million Deutsche Mark) in respect of the amounts of £1,793,000 and £346,000 mentioned above does not prejudice any claims which your Government or any third Government may have against the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland with regard to these amounts."

I am instructed to inform you of the consent of the Government of Israel to the contents of the above letter.

Please accept, dear Herr Wolff, the assurance of my highest consideration.

Zev Argaman

Schreiben Nr. 1 b *(Übersetzung)*

Genf, den 1. Juni 1962

Der Leiter der israelischen Delegation

An den
bevollmächtigten Vertreter
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Wolff,

ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tag zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Im Zusammenhang mit dem heute unterzeichneten Abkommen zwischen unseren Regierungen beehre ich mich, im folgenden die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Israel geltend gemachten Ansprüche einzeln aufzuführen, auf die sich der in Artikel II Buchstabe b dieses Abkommens erwähnte Betrag bezieht:

1. ein Betrag von £1 793 000 (eine Million siebenhundertneunzigtausend Pfund Sterling), der in Artikel 5 Buchstabe e des am 30. März 1950 in London zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Regierung von Israel geschlossenen Abkommens genannt ist,

2. der im gleichen Artikel jenes Abkommens vom 30. März 1950 genannte Betrag von £346 000 (dreihundertsechsundvierzigtausend Pfund Sterling),

3. das Vermögen mit Ausnahme der Liegenschaften, das nach israelischem Recht der Verfügungsgewalt des Verwalters des deutschen Vermögens in Israel untersteht oder jemals unterstand.

Für die unter Nummern 1 und 2 genannten Ansprüche wird ein Betrag von 7 000 000 DM (sieben Millionen Deutsche Mark) gezahlt, und für das unter Nummer 3 genannte Vermögen mit Ausnahme der Liegenschaften wird der Restbetrag von 2 000 000 DM (zwei Millionen Deutsche Mark) gezahlt.

In diesem Zusammenhang darf ich feststellen, daß nach Ansicht der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die durch das Vergleichsverfahren bedingte Annahme des genannten Betrags von 7 000 000 DM (sieben Millionen Deutsche Mark) für die obenerwähnten Beträge von £1 793 000 und £346 000 irgendwelche Ansprüche Ihrer Regierung oder einer dritten Regierung bezüglich dieser Beträge gegenüber der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland nicht präjudiziert."

Weisungsgemäß teile ich Ihnen mit, daß die Regierung von Israel mit dem Inhalt des obigen Schreibens einverstanden ist.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Wolff, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Zev Argaman

Letter No. 2 a

Geneva, 1st June 1962

Head of German Delegation

The Authorized Agent
of the Government of the State of Israel

Dear Mr. Argaman,

with reference to Article I of the Agreement concluded today between our Governments, I have the honour to inform you that the Government of the Federal Republic of Germany desires the payment of the amount therein specified to be made to Hessische Landesbank und Girozentrale, Frankfurt am Main, for the account entitled "Zahlung Israel" of the Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main.

Please accept, dear Mr. Argaman, the assurance of my highest consideration.

Bernhard Wolff

Schreiben Nr. 2 a *(Übersetzung)*

Genf, den 1. Juni 1962

Der Leiter der deutschen Delegation

An den
bevollmächtigten Vertreter
der Regierung des Staates Israel

Sehr geehrter Herr Argaman,

unter Bezugnahme auf Artikel I des heute zwischen unseren Regierungen geschlossenen Abkommens beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wünscht, der darin festgelegte Betrag möge bei der Hessischen Landesbank und Girozentrale, Frankfurt am Main, auf das „Zahlung Israel" genannte Konto der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, eingezahlt werden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Argaman, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bernhard Wolff

Letter No. 2 b

Geneva, 1st June 1962

Head of Israel Delegation

The Authorized Agent
of the Government of the Federal Republic of Germany

Dear Herr Wolff

I have the honour to acknowledge the receipt of your letter of today's date which reads as follows:—

"With reference to Article I of the Agreement concluded today between our Government, I have the honour to inform you that the Government of the Federal Republic of Germany desires the payment of the amount therein specified to be made to Hessische Landesbank und Girozentrale, Frankfurt am Main, for the account entitled "Zahlung Israel" of the Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main."

I am instructed to confirm that the Government of Israel will act accordingly.

Please accept, dear Herr Wolff, the assurance of my highest consideration.

Zev Argaman

Schreiben Nr. 2 b *(Übersetzung)*

Genf, den 1. Juni 1962

Der Leiter der israelischen Delegation

An den
bevollmächtigten Vertreter
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Wolff,

ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tag zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Unter Bezugnahme auf Artikel I des heute zwischen unseren Regierungen geschlossenen Abkommens beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wünscht, der darin festgelegte Betrag möge bei der Hessischen Landesbank und Girozentrale, Frankfurt am Main, auf das „Zahlung Israel" genannte Konto der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, eingezahlt werden."

Weisungsgemäß bestätige ich Ihnen, daß die Regierung von Israel demgemäß verfahren wird.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Wolff, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Zev Argaman

Letter No. 3a

Geneva, 1st June 1962

Head of German Delegation

The Authorized Agent
of the Government of the State of Israel

Dear Mr. Argaman,

in connection with the Agreement concluded today between our Governments, I have the honour to inform you that, in conformity with Article 2 of the Agreement concluded at Luxembourg on 10 September 1952, the Government of the Federal Republic of Germany has, in the negotiations leading up to today's Agreement, and in the conclusion of the same, represented the interests of all persons who were, or were reputed to be, at any time before 15 September 1952, the legal or beneficial owners of German secular property in Israel within the meaning of the said Agreement of 10 September 1952 (other than the Custodian of Enemy Property). The representation by the Government of the Federal Republic of Germany of such interests was irrespective of the present nationalities of the former owners concerned; and insofar as such representation required any consent or authorization on the part or on behalf of any such former owner or any Government concerned, such consent or authorization has duly been given to, and accepted by, the Government of the Federal Republic of Germany.

In the circumstances, the Government of the Federal Republic of Germany has instructed me to re-affirm to the Government of Israel that with the settlement of the claims, the subject-matter of the Agreement of 10 September 1952, by the Government of Israel to the order of the Government of the Federal Republik of Germany as per today's Agreement, the claims of all such former owners concerned will have been finally settled and satisfied.

Please accept, dear Mr. Argaman, the assurance of my highest consideration

Bernhard Wolff

Schreiben Nr. 3a *(Übersetzung)*

Genf, den 1. Juni 1962

Der Leiter der deutschen Delegation

An den
bevollmächtigten Vertreter
der Regierung des Staates Israel

Sehr geehrter Herr Argaman,

im Zusammenhang mit dem heute zwischen unseren Regierungen geschlossenen Abkommen beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 2 des am 10. September 1952 in Luxemburg geschlossenen Abkommens in den zu dem heutigen Abkommen führenden Verhandlungen und beim Abschluß desselben die Interessen aller Personen vertreten hat, die zu irgendeiner Zeit vor dem 15. September 1952 tatsächlich oder vermutlich vollberechtigte oder wirtschaftliche Eigentümer des deutschen weltlichen Vermögens in Israel im Sinne des genannten Abkommens vom 10. September 1952 waren (mit Ausnahme des Feindvermögensverwalters). Die Vertretung dieser Interessen durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erfolgte ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Staatsangehörigkeit der betreffenden ehemaligen Eigentümer; soweit diese Vertretung einer Einwilligung oder Ermächtigung seitens oder namens dieser ehemaligen Eigentümer oder einer betroffenen Regierung bedurfte, wurde sie der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gehörig erteilt und von dieser angenommen.

Unter diesen Umständen hat mich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland angewiesen, der Regierung von Israel zu bestätigen, daß mit der Begleichung der in dem Abkommen vom 10. September 1952 behandelten Ansprüche durch die Regierung von Israel an die Order der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Abkommens vom heutigen Tag die Ansprüche aller dieser ehemaligen Eigentümer endgültig abgegolten und befriedigt sein werden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Argaman, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bernhard Wolff

Letter No. 3b

Geneva, 1st June 1962

Head of Israel Delegation

The Authorized Agent
of the Government of the Federal Republic of Germany

Dear Herr Wolff,

I have the honour to acknowledge the receipt of your letter of today's date, which reads as follows:—

"In connection with the Agreement concluded today between our Governments, I have the honour to inform you that, in conformity with Article 2 of the Agreement concluded at Luxembourg on 10 September 1952, the Government of the Federal Republic of Germany has, in the negotiations leading up to today's Agreement, and in the conclusion of the same, represented the interests of all persons who were, or were reputed to be, at any time before 15 September 1952, the legal or beneficial owners of German suecular property in

Schreiben Nr. 3b *(Übersetzung)*

Genf, den 1. Juni 1962

Der Leiter der israelischen Delegation

An den
bevollmächtigten Vertreter
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Wolff,

ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tag zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Im Zusammenhang mit dem heute zwischen unseren Regierungen geschlossenen Abkommen beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 2 des am 10. September 1952 in Luxemburg geschlossenen Abkommens in den zu dem heutigen Abkommen führenden Verhandlungen und beim Abschluß desselben die Interessen aller Personen vertreten hat, die zu irgendeiner Zeit vor dem 15. September 1952 tatsächlich oder vermutlich juristische oder wahre Eigentümer des deutschen welt-

Israel within the meaning of the said Agreement of 10 September 1952 (other than the Custodian of Enemy Property). The representation by the Government of the Federal Republic of Germany of such interests was irrespective of the present nationalities of the former owners concerned; and insofar as such representation required any consent or authorization on the part or on behalf of any such former owner or any Government concerned, such consent or authorization has duly been given to, and accepted by, the Government of the Federal Republic of Germany.

In the circumstances, the Government of the Federal Republic of Germany has instructed me to re-affirm to the Government of Israel that with the settlement of the claims, the subjectmatter of the Agreement of 10 September 1952, by the Government of Israel to the order of the Government of the Federal Republic of Germany as per today's Agreement, the claims of all such former owners concerned will have been finally settled and satisfied."

Note has been taken of the above.

Please accept, dear Herr Wolff, the assurance of my highest consideration.

Zev Argaman

lichen Vermögens in Israel im Sinne des genannten Abkommens vom 10. September 1952 waren (mit Ausnahme des Feindvermögensverwalters). Die Vertretung dieser Interessen durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland geschah ohne Rücksicht auf die gegenwärtige Staatsangehörigkeit der betreffenden ehemaligen Eigentümer; soweit diese Vertretung einer Einwilligung oder Ermächtigung seitens oder namens dieser ehemaligen Eigentümer oder einer betroffenen Regierung bedurfte, wurde sie der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gehörig erteilt und von dieser angenommen.

Unter diesen Umständen hat mich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland angewiesen, der Regierung von Israel zu bestätigen, daß mit der Begleichung der in dem Abkommen vom 10. September 1952 behandelten Ansprüche durch die Regierung von Israel an die Order der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Abkommens vom heutigen Tag die Ansprüche aller dieser ehemaligen Eigentümer endgültig abgegolten und befriedigt sein werden."

Der Inhalt des obigen Schreibens wurde zur Kenntnis genommen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Wolff, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Zev Argaman

Letter No. 4a

Geneva, 1st June 1962

Head of Israel Delegation

The Authorized Agent
of the Government of the Federal Republic of Germany

Dear Herr Wolff,

in connection with the Agreement signed today between our Governments, I am instructed to inform you that my Government wishes to emphasize that nothing in the said Agreement is to be taken as implying any admission on the part of the Government of Israel, of the legal validity of all the claims as advanced by the Government of the Federal Republic of Germany against the Government of Israel in respect of which the said Agreement has been concluded today between our two Governments.

Please accept, dear Herr Wolff, the assurance of my highest consideration.

Zev Argaman

Schreiben Nr. 4a *(Übersetzung)*

Genf, den 1. Juni 1962

Der Leiter der israelischen Delegation

An den
bevollmächtigten Vertreter
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Wolff,

im Zusammenhang mit dem heute unterzeichneten Abkommen zwischen unseren Regierungen teile ich Ihnen weisungsgemäß mit, daß meine Regierung betonen möchte, dieses Abkommen sei nicht so aufzufassen, als anerkenne in ihm die Regierung von Israel die Rechtsgültigkeit aller von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegen die Regierung von Israel geltend gemachten Ansprüche, die Gegenstand des heute zwischen unseren beiden Regierungen geschlossenen Abkommens sind.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Wolff, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Zev Argaman

Letter No. 4 b

Geneva, 1 st June 1962

Head of German Delegation

The Authorized Agent
of the Government of the State of Israel

Dear Mr. Argaman,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter of today's date, which reads as follows:—

"In connection with the Agreement signed today between our Governments, I am instructed to inform you that my Government wishes to emphasize that nothing in the said Agreements is to be taken as implying any admission on the part of the Government of Israel, of the legal validity of all the claims as advanced by the Government of the Federal Republic of Germany against the Government of Israel, in respect of which the said Agreement has been concluded today between our two Governments."

I am instructed to inform you of the consent of the Government of the Federal Republic of Germany to the contents of the above letter.

Please accept, dear Mr. Argaman, the assurance of my highest consideration.

Bernhard Wolff

Schreiben Nr. 4 b *(Übersetzung)*

Genf, den 1. Juni 1962

Der Leiter der deutschen Delegation

An den
bevollmächtigten Vertreter
der Regierung des Staates Israel

Sehr geehrter Herr Argaman,

ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tag zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Im Zusammenhang mit dem heute unterzeichneten Abkommen zwischen unseren Regierungen teile ich Ihnen weisungsgemäß mit, daß meine Regierung betonen möchte, dieses Abkommen sei nicht so aufzufassen, als räume in ihm die Regierung von Israel die Rechtsgültigkeit aller von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegen die Regierung von Israel geltend gemachten Ansprüche ein, derentwegen das genannte Abkommen heute zwischen unseren beiden Regierungen geschlossen worden ist."

Weisungsgemäß teile ich Ihnen mit, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Inhalt des obigen Schreibens einverstanden ist.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Argaman, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bernhard Wolff

Letter No. 5 a

Geneva, 1 st June 1962

Head of German Delegation

The Authorized Agent
of the Government of the State of Israel

Dear Mr. Argaman,

in connection with the Agreement concluded today between our Governments, I have the honour to inform you that this Agreement shall also apply to the Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a declaration to the contrary to the Government of the State of Israel, within three months from the date of the coming into force of this Agreement.

Please accept, dear Mr. Argaman, the assurance of my highest consideration.

Bernhard Wolff

Schreiben Nr. 5 a *(Übersetzung)*

Genf, den 1. Juni 1962

Der Leiter der deutschen Delegation

An den
bevollmächtigten Vertreter
der Regierung des Staates Israel

Sehr geehrter Herr Argaman,

im Zusammenhang mit dem heute zwischen unseren Regierungen geschlossenen Abkommen beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß dieses Abkommen auch für das Land Berlin gilt, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Staates Israel innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Argaman, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bernhard Wolff

Letter No. 5 b

Geneva, 1st June 1962

Head of Israel Delegation

The Authorized Agent
of the Government of the Federal Republic of Germany

Dear Herr Wolff,

I have the honour to acknowledge the receipt of your letter of today's date, which reads as follows:—

"In connection with the Agreement concluded today between our Governments, I have the honour to inform you that this Agreement shall also apply to the Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a declaration to the contrary of the Government of the State of Israel, within three months from the date of the coming into force of this Agreement."

Note has been taken of the above.

Please accept, dear Herr Wolff, the assurance of my highest consideration.

Zev Argaman

Schreiben Nr. 5 b *(Übersetzung)*

Genf, den 1. Juni 1962

Der Leiter der israelischen Delegation

An den
bevollmächtigten Vertreter
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Wolff,

ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tag zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Im Zusammenhang mit dem heute zwischen unseren Regierungen geschlossenen Abkommen beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß dieses Abkommen auch für das Land Berlin gilt, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Staates Israel innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt."

Der Inhalt des obigen Schreibens wurde zur Kenntnis genommen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Wolff, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Zev Argaman

Letter No. 6 a

Geneva, 1st June 1962

Head of German Delegation

The Authorized Agent
of the Government of the State of Israel

Dear Mr. Argaman,

I have the honour to confirm that the letters numbered 1 a, 1 b, 2 a, 2 b, 3 a, 3 b, 4 a, 4 b, 5 a and 5 b, respectively, exchanged between us today, shall form an integral part of the Agreement which was this day concluded between our Governments.

Please accept, dear Mr. Argaman, the assurance of my highest consideration.

Bernhard Wolff

Schreiben Nr. 6 a *(Übersetzung)*

Genf, den 1. Juni 1962

Der Leiter der deutschen Delegation

An den
bevollmächtigten Vertreter
der Regierung des Staates Israel

Sehr geehrter Herr Argaman,

ich beehre mich, zu bestätigen, daß die heute zwischen uns ausgetauschten Schreiben Nr. 1 a, 1 b, 2 a, 2 b, 3 a, 3 b, 4 a, 4 b, 5 a und 5 b Bestandteil des Abkommens sind, das heute zwischen unseren Regierungen geschlossen wurde.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Argaman, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bernhard Wolff

Letter No. 6 b

Geneva, 1st June 1962

Head of Israel Delegation

The Authorized Agent
of the Government of the Federal Republic of Germany

Dear Herr Wolff,

I have the honour to confirm that the letters numbered 1 a, 1 b, 2 a, 2 b, 3 a, 3 b, 4 a, 4 b, 5 a and 5 b, respectively, exchanged between us today, shall form an integral part of the Agreement which was this day concluded between our Governments.

Please accept, dear Herr Wolff, the assurance of my highest consideration.

Zev Argaman

Schreiben Nr. 6 b *(Übersetzung)*

Genf, den 1. Juni 1962

Der Leiter der israelischen Delegation

An den
bevollmächtigten Vertreter
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Wolff,

ich beehre mich, zu bestätigen, daß die heute zwischen uns ausgetauschten Schreiben Nr. 1 a, 1 b, 2 a, 2 b, 3 a, 3 b, 4 a, 4 b, 5 a und 5 b Bestandteil des Abkommens sind, das heute zwischen unseren Regierungen geschlossen wurde.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Wolff, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Zev Argaman

Anlage 3

Annex 3

List of Property

Summary of Areas

Location	Area (Dunums)
Haifa	838.980
Jaffa	33.058
Sarona	1,692.102
Jerusalem	134.455
Acre	2,526.768
Wilhelma	10,199.633
Waldheim	8,798.365
Bethlehem	7,544.649
Neuhardthof	1,280.000
Galilee	63.869
Miscellaneous German Claims	81.211
Total	33,193.090

Properties in Haifa

	Block	Parcels	Area (Dunums)
Land without buildings	10744	7	184.160
	10749	7, 9, 18, 16, 19, 20	
	10750	2, 8, 15, 22	
	10801	34, 38, 49	
	10806	210, 214	6.014
	10812	103	
	10811	2, 10, 12, 15, 36, 95, 120, 147 (inc. 184/1), 148, 156, 191/2, 192, 193, 244, 246, 251 & 252, 254, 278, 316	29.503
	10813	22, 29 & 30, 73, 84, 85, 86, 92, 101, 131, 137, 146, 148, 173, 174, 214, 215, 233, 242, 243	50.053
	10814	5, 10, 20, 24	10.403
	10816	3, 4, 6 & 34, 14, 31, 36, 37	44.073
	10817	3, 4, 23, 24, 29, 35, 37, 40, 55, 74, 75, 172, 174 -176, 177-179, 180-183, 184-187, 188, 191, 194-197, 198-201, 206-209	81.385
	10820	7, 8, 9, 18, 19, 20, 21, 23, 25, 26, 27, 29	65.848
	10825	3, 12, 20, 32, 116, 154, 211, 514, 515	53.451
	10826	9, 15, 23, 26, 30, 31, 35, 55, 66, 73, 75, 76	17.220
	10827	2, 6, 7, 11, 13, 25, 30, 72, 82, 58, 60-62, 64-67, 68, 69, 70	14.071

(Übersetzung)

Grundstücksliste

Zusammenstellung der Flächen

Lage	Fläche (Dunums) *)
Haifa	838.980
Jaffa	33.058
Sarona	1,692.102
Jerusalem	134.455
Akkon	2,526.768
Wilhelma	10,199.633
Waldheim	8,798.365
Bethlehem	7,544.649
Neuhardthof	1,280.000
Galiläa	63.869
Verschiedene deutsche Forderungen	81.211
Insgesamt	33,193.090

*) 1 Dunum = 1000 qm

Liegenschaften in Haifa

	Block	Parzellen	Fläche (Dunums)
Unbebaute Grundstücke	10744	7	184.160
	10749	7, 9, 18, 16, 19, 20	
	10750	2, 8, 15, 22	
	10801	34, 38, 49	
	10806	210, 214	6.014
	10812	103	
	10811	2, 10, 12, 15, 36, 95, 120, 147 (incl. 148/1), 148, 156, 191/2, 192, 193, 244, 246, 251 & 252, 254, 278, 316	29.503
	10813	22, 29 & 30, 73, 84, 85, 86, 92, 101, 131, 137, 146, 148, 173, 174, 214, 215, 233, 242, 243	50.053
	10814	5, 10, 20, 24	10.403
	10816	3, 4, 6, & 34, 14, 31, 36, 37	44.073
	10817	3, 4, 23, 24, 29, 35, 37, 40, 55, 74, 75, 172, 174 -176, 177-179, 180-183, 184-187, 188, 191, 194-197, 198-201, 206-209	81.385
	10820	7, 8, 9, 18, 19, 20, 21, 23, 25, 26, 27, 29	65.848
	10825	3, 12, 20, 32, 116, 154, 211, 514, 515	53.451
	10826	9, 15, 23, 26, 30, 31, 35, 55, 66, 73, 75, 76	17.220
	10827	2, 6, 7, 11, 13, 25, 30, 72, 82, 58, 60-62, 64-67, 68, 69, 70	14.071

	Block	Parcels	Fläche (Dunums)
Land without buildings	10828	73, 75, 96, 80, 84, 85, 81	2.166
	10829	37, 68, 70	4.472
	10830	11, 13	
	10902	51	42.100
	10903	4, 6	
	11632	60, 70	
	11655	2, 10, 12	
		Subtotal Land without buildings	604.919
Land with buildings	10807	282	52.945
	10811	5, 6, 7, 8, 9, 11, 16, 19, 20, 23, 24, 29, 30, 35, 37, 124, 141/2, 144, 152, 155, 191/1, 191/3, 194, 221, 256, 263, 271, 280	
	10812	39	
	10813	232	
	10820	10, 11, 12-17, 24	11.705
	10825	7	26.390
	10826	1, 2, 3, 4, 7, 8, 10, 12, 16, 20, 21, 24, 34, 44, 45, 48, 74, 77, 78, 79	
	10827	1, 2/1, 3, 4, 5, 10, 12, 14, 15, 16, 19, 20, 27, 29, 80, 81, 79	16.951
	10828	1, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 72, 76, 79, 100	29.130
	10829	1, 10, 12, 13, 14, 15, 19, 20, 21, 23, 25, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 46, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 56, 58, 60, 61, 69	42.737
	10830	1, 2, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 15, 16, 17	26.826
	10831	1, 2/1, 2/2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 11, 30, 31	16.261
	10832	55	9.445
	10833	32, 33, 34, 42, 35, 36, 37, 38, 39, 40	
	10839	41, 53, 59, 60	1.671
	10840	64, 67, 348, 349, 355	
	10853	122	
		Subtotal Land with buildings	234.061
		Grand Total	838.980

	Block	Parzellen	Area (Dunums)
Unbebaute Grundstücke	10828	73, 75, 96, 80, 84, 85, 81	2.166
	10829	37, 68, 70	4.472
	10830	11, 13	
	10902	51	42.100
	10903	4, 6	
	11632	60, 70	
	11655	2, 10, 12	
		Zwischensumme, unbebaute Grundstücke	604.919
Bebaute Grundstücke	10807	282	52.945
	10811	5, 6, 7, 8, 9, 11, 16, 19, 20, 23, 24, 29, 30, 35, 37, 124, 141/2, 144, 152, 155, 191/1, 191/3, 194, 221, 256, 263, 271, 280	
	10812	39	
	10813	232	
	10820	10, 11, 12-17, 24	11.705
	10825	7	26.390
	10826	1, 2, 3, 4, 7, 8, 10, 12, 16, 20, 21, 24, 34, 44, 45, 48, 74, 77, 78, 79	
	10827	1, 2/1, 3, 4, 5, 10, 12, 14, 15, 16, 19, 20, 27, 29, 80, 81, 79	16.951
	10828	1, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 17, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 72, 76, 79, 100	29.130
	10829	1, 10, 12, 13, 14, 15, 19, 20, 21, 23, 25, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 46, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 56, 58, 60, 61, 69	42.737
	10830	1, 2, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 15, 16, 17	26.826
	10831	1, 2/1, 2/2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 11, 30, 31	16.261
	10832	55	9.445
	10833	32, 33, 34, 42, 35, 36, 37, 38, 39, 40	
	10839	41, 53, 59, 60	1.671
	10840	64, 67, 348, 349, 355	
	10853	122	
		Zwischensumme bebaute Grundstücke	234.061
			838.980

Properties in Jaffa

	Block	Parcels	Area (Dunums)
Land with buildings	6005*)	63	10.072
	7011	49, 50	
	7014	90, 96	
	7017	91, 92, 104, 106	
	7012	2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17	13.830
	7016	24, 25, 26, 27, 28, 29, 31, 34, 37, 38, 54, 6, 113, 116	6.579
	7041	41, 42, 43, 49, 46, 47	2.577
		Grand Total	33.058

Note:

Block 6005, parcel 63, area of —.750 dunum agreed; no claim to be made apart from the value of the land itself. Block 7012, parcel 10, area 0.729 dunum, block 7016, parcels 25/26, area —.529 dunum (Wolfer estate) and block 7012, parcel 13, area —.500 dunum (Stephan): The Israel Delegation maintain their view that these properties do not come within the purview of the 1952 Agreement. However, the German Delegation state that all the heirs of the registered owners now have German citizenship. At the request of the German Delegation the Israel Delegation agree that the settlement to be reached and/or the decision of the mediator shall apply to these properties to all intents and purposes as if these properties came within the purview of the 1952 Agreement.

Liegenschaften in Jaffa

	Block	Parzellen	Fläche (Dunums)
Bebaute Grundstücke	6005*)	63	10.072
	7011	49, 50	
	7014	90, 96	
	7017	91, 92, 104, 106	
	7012	2, 3, 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17	13.830
	7016	24, 25, 26, 27, 28, 29, 31, 34, 37, 38, 54, 6, 113, 116	6.579
	7041	41, 42, 43, 49, 46, 47	2.577
		Insgesamt	33.058

Fußnote:

Block 6005, Parzelle 63, Einigung über Fläche von 0,750 dunum; die Forderung soll sich auf den Wert des Grundstücks ohne Gebäude beschränken. Block 7012, Parzelle 10, Fläche 0,729 dunum, Block 7016, Parzellen 25/26, Fläche —,529 dunum (Eigentum Wolfer) und Block 7012 Parzelle 13 Fläche —,500 dunum (Stephan): Die israelische Delegation bleibt bei ihrer Ansicht, daß diese Grundstücke nicht unter das Abkommen von 1952 fallen. Die deutsche Delegation teilt jedoch mit, daß alle Erben der eingetragenen Eigentümer nunmehr die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Auf Bitten der deutschen Delegation erklärt sich die israelische Delegation damit einverstanden, daß die herbeizuführende Einigung und gegebenenfalls die Entscheidung des Mediators sich auf diese Grundstücke in jeder Weise so beziehen sollen, als wenn sie unter das Abkommen von 1952 fielen.

Properties in Sarona

	Block	Parcels	Area (Dunums)
House property & vacant land within Sarona environs	7103	12, 37	4.843
	7104	74, 76, 77, 79, 81, 82	
	6131	6	78.612
	6146	13	
	6192	7	
	6110	19	7.946
		Subtotal	91.401
Sarona rural	4054	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 12	213.693
	4258	1	
	6252	13, 14, 15, 16	87.262
	6253	1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10	
	6590	12	446.701
	6660	3 (subparcels 1-5) 1, 6	
	6661	8 (subparcels 1-5)	
	7505	11, 12, 13, 14, 16, 18, 35, 36, 37	106.055
	7512	1	280.229
	7513	25	
	7514	8, 9, 11, 12, 13	
	7516	3, 5, 9	466 761
	7517	6	
	7523	16	
	7524	25	
		Subtotal	1,600.701
		Grand Total	1,692.102

Liegenschaften in Sarona

	Block	Parzellen	Fläche (Dunums)
Hausbesitz & unbebaute Grundstücke in der Umgebung von Sarona	7103	12, 37	4.843
	7104	74, 76, 77, 79, 81, 82	
	6131	6	78.612
	6146	13	
	6192	7	
	6110	19	7.946
		Zwischensumme	91.401
Sarona-Land	4054	3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 12	213.693
	4258	1	
	6252	13, 14, 15, 16	87.262
	6253	1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10	
	6590	12	446.701
	6660	3 (Teilparzellen 1-5) 1, 6	
	6661	8 (Teilparzellen 1-5)	
	7505	11, 12, 13, 14, 16, 18, 35, 36, 37	106.055
	7512	1	280.229
	7513	25	
	7514	8, 9, 11, 12, 13	
	7516	3, 5, 9	466.761
	7517	6	
	7523	16	
	7524	25	
		Zwischensumme	1,600.701
		Insgesamt	1,692.102

Properties in Jerusalem

	Block	Parcels	Area (Dunums)
Urban vacant land	30006	55, 121, 122, 125, 130	3.963
	30009	57	
	30011	13, 17, 18, 60, 68, 70	8.359
	30012	5, 45, 54 (49) *)	
	30021	258	
	30033	39	39.596
	30139	10, 9 & 17 (47) *), (32) *), 22	
	30116	60, 74	5.453
Urban house property	(Groll-Motza)		24.549
	30006	131	
	30009	13	
	30021	252, 253	
	30033	38	
	30061	8	
	30018	60 61 (Eilender)	
	30011	12, 15, 16, 19, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 36, 37, 38, 39, 40, 42, 43, 44, 46, 48, 63, 49, 50, 51, 52, 61, 72, 75, 76, 77, 54 55	35.418
	30012	4, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 15, 19, 46, 47, 48, 50	17.117
		Grand Total	134.455

*) Numbers of parcels in parentheses are new Israeli numbers for the same parcels.

Liegenschaften in Jerusalem

	Block	Parzelle	Fläche (Dunums)
Unbebaute städtische Grundstücke	30006	55, 121, 122, 125, 130	3.963
	30009	57	
	30011	13, 17, 18, 60, 68, 70	8.359
	30012	5, 45, 54 (49) *)	
	30021	258	
	30033	39	39.596
	30139	10, 9 & 17 (47) *), (32) *), 22	
	30116	60, 74	5.453
Städtischer Hausbesitz	(Groll-Motza)		24.549
	30006	131	
	30009	13	
	30021	252, 253	
	30033	38	
	30061	8	
	30018	60 61 (Eilender)	
	30011	12, 15, 16, 19, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 36, 37, 38, 39, 40, 42, 43, 44, 46, 48, 63, 49, 50, 51, 52, 61, 72, 75, 76, 77, 54, 55	35.418
	30012	4, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 15, 19, 46, 47, 48, 50	17.117
		Insgesamt	134.455

*) In Klammern gesetzte Nummern der Parzellen sind neue israelische Nummern für die gleichen Parzellen.

Properties in Acre

Buildings and Land	Quantity
Buildings and wells on 9 farms	
Built-on area	—.600 dunums
Citrus orchards	212.500 dunums
Banana orchards	45.500 dunums
Fruit orchards	86.000 dunums
Flower and vegetable land	272.164 dunums
Clover, corn and fodder land	304.089 dunums
Total irrigated land	920.853 dunums
Cereal land	1,605.915 dunums
Grand Total	2,526.768 dunums

Liegenschaften in Akkon

Gebäude und Grundstücke	Menge
Gebäude und Brunnen auf 9 Gehöften	
bebaute Fläche	—.600 dunums
Zitrusgärten	212.500 dunums
Bananengärten	45.500 dunums
Obstgärten	86.000 dunums
Anbaufläche für Blumen und Gemüsekulturen	272.164 dunums
Anbaufläche für Klee, Getreide und Futterpflanzen	304.089 dunums
bewässertes Land insgesamt	920.853 dunums
Land mit Getreideanbauflächen	1,605.915 dunums
Insgesamt	2,526.768 dunums

Properties in Wilhelma

Buildings and Land	Quantity
Houses	57
Outbuildings	70
Dairy	1
Built-on area or reserves thereof	803.399 dunums
Citrus orchards	
Wilhelma proper	865.770 dunums
Outlying area	29.934 dunums
Vineyards	285.674 dunums
Olive groves	68.437 dunums
Banana-orchards	59.475 dunums
Arable land, irrigated or irrigatable	2,060.680 dunums
Arable land, unirrigated	
Wilhelma proper	4,852.335 dunums
Outlying area	1,173.929 dunums
Grand Total	10,199.633 dunums

Liegenschaften in Wilhelma

Gebäude und Grundstücke	Menge
Häuser	57
Nebengebäude	70
Molkerei	1
bebaute oder bebauungsfähige Fläche	803.399 dunums
Zitrusgärten	
in Wilhelma selbst	865.770 dunums
Außenbezirke	29.934 dunums
Weinberge	285.674 dunums
Olivenhaine	68.437 dunums
Bananenhaine	59.475 dunums
Ackerland, bewässert oder bewässerbar	2,060.680 dunums
Ackerland, unbewässert	
in Wilhelma selbst	4,852.335 dunums
Außenbezirke	1,173.929 dunums
Insgesamt	10,199.633 dunums

Properties in Waldheim

Buildings and Land	Quantity
Houses	15
Barns	15
Outbuildings, fowl houses, pigsties	48
Dairy	1
Worker's dwelling	1
Built-on area or reserves thereof	132.200 dunums
Vineyards	41.000 dunums
Olive orchards	154.945 dunums
Fruit orchards	44.000 dunums
Arable land	4,221.182 dunums
Forest	4,205.038 dunums
Grand Total	8,798.365 dunums

Liegenschaften in Waldheim

Gebäude und Grundstücke	Menge
Häuser	15
Scheunen	15
Nebengebäude, Geflügelställe, Schweineställe	48
Molkerei	1
Arbeiterwohnung	1
Bebaute oder bebauungsfähige Fläche	132.200 dunums
Weinberge	41.000 dunums
Olivenhaine	154.945 dunums
Obstgärten	44.000 dunums
Ackerland	4,221.182 dunums
Wald	4,205.038 dunums
Insgesamt	8,798.365 dunums

Propierties in Bethlehem*)

Buildings and Land	Quantity
Houses (including workers' dwellings)	21
Barns	24
Sheds, pigsties, fowl houses	116
Dairy-creamery	1
Built-on-area or reserves thereof	136.000 dunums
Citrus orchards	9.000 dunums
Vineyards	88.445 dunums
Olive groves	98.000 dunums
Fruit orchards	123.500 dunums
Arable land	5,180.775 dunums
Forest	1,908.929 dunums
Grand Total	7,544.649 dunums

*) Including 504.102 dunums at Saffuriya

Liegenschaften in Bethlehem*)

Gebäude und Grundstücke	Menge
Häuser (einschl. Arbeiterwohnungen)	21
Scheunen	24
Schuppen, Schweineställe, Geflügelställe	116
Molkerei	1
Bebaute oder bebauungsfähige Fläche	136.000 dunums
Zitrusgärten	9.000 dunums
Weinberge	88.445 dunums
Olivenhaine	98.000 dunums
Obstgärten	123.500 dunums
Ackerland	5,180.775 dunums
Wald	1,908.929 dunums
Insgesamt	7,544.649 dunums

*) Einschließlich 504.102 dunums in Saffuriya

Properties in Neuhardthof

Buildings and Land	Quantity
Buildings on 6 farms 50 meters deep with highway or street front	165.000 dunums
Plantation land	134.000 dunums
Crop land	928.629 dunums
Forest and uncultivated	16.000 dunums
	1,243.629 dunums
Grand Total (cf. note below)	1,280.000 dunums

Note:

The German Delegation suggest that an area of 36.371 dunums crop land be added in respect of block 10728 parcels 74, 99, 101, 103, 105, 106, 107, block 10730 parcels 68–75, block 10731 parcel 91 and block 10739 parcel 15 to the total area of 1,243.629 dunums for Templars' property at Neuhardthof; which gives a Grand Total of 1,280.000 dunums; this addition representing a compromise settlement regarding the area expropropriated on behalf of the British Forces in 1944.

The Israel Delegation accept this suggestion; it being understood between the parties that all claims of the previous owners for compensation in respect of the expropriation whether against British or other authorities (including rights pursuant to Article 7 of the British-Israel Financial Agreement 1950 and pursuant to any other Treaty or law) shall—in consideration of the settlement—be deemed to be assigned and vested-in the Israel Government.

Liegenschaften in Neuhardthof

Gebäude und Grundstücke	Menge
Gebäude auf 6 Gehöften 50 m tief mit Front zur Straße oder Landstraße	165.000 dunums
Plantagen-Anbaufläche	134.000 dunums
landwirtschaftl. genutztes Land	928.629 dunums
Wald und nicht bewirtschaftetes Land	16.000 dunums
	1,243.629 dunums
Insgesamt (s. u. Fußnote)	1,280.000 dunums

Fußnote:

Die Deutsche Delegation schlägt vor, daß eine Fläche von 36.371 dunums Ackerland zu der Gesamtfläche von 1,243.629 dunums für Templer-Eigentum in Neuhardthof hinzugezählt werden soll, hinsichtlich Block 10728 Parzellen 74, 99, 101, 103, 105, 106, 107, Block 10730 Parzellen 68—75, Block 10731 Parzelle 91 und Block 10739 Parzelle 15. Das ergibt insgesamt 1,280.000 dunums. Dieser Zusatz stellt eine Einigung durch Vergleich bezüglich der im Jahre 1944 zugunsten der britischen Streitmacht enteigneten Fläche dar.

Die Israelische Delegation nimmt diesen Vorschlag an. Es besteht Einvernehmen zwischen den Parteien darüber, daß alle Ansprüche der früheren Eigentümer auf Entschädigung wegen der Enteignung, mögen sie sich gegen britische oder andere Behörden richten (einschließlich der Rechte auf Grund des Art. 7 des britisch-israelischen Finanzabkommens von 1950 und auf Grund irgendeines anderen Vertrages oder Gesetzes) in Anbetracht dieser Einigung als an die israelische Regierung abgetreten und auf sie übergegangen anzusehen sind.

Properties in Galilee

Block	Parcels	Area (Dunums)
	Nazareth	
16876	13, 14	43.127
16522	143	
Subtotal		43.127
	Tiberias	
15009	1, 2, 42, 43	10.150
15010	1, 21, 22, 23, 2, 20	
15011	74	10.592
(or 15012)	(38)	
15012	11	
15033	27	
15045	46	
	Subtotal	20.742
	Grand Total	63.869

Liegenschaften in Galiläa

Block	Parzellen	Fläche (Dunums)
	Nazareth	
16876	13, 14	43.127
16522	143	
Zwischensumme		43.127
	Tiberias	
15009	1, 2, 42, 43	10.150
15010	1, 21, 22, 23, 2, 20	
15011	74	10.592
(oder 15012)	(38)	
15012	11	
15033	27	
15045	46	
	Zwischensumme	20.742
	Insgesamt	63.869

Miscellaneous German Claims

Buildings and Land	Quantity
Land at Al Qubeibe (now Kefar Hanagid) west of Rehovot, half share in 48 dunums orange grove	25.000 dunums
Building plot at Beisan (now Beit Shean), Block 22878 parcel 34	3.512 dunums
Land at El Bewati near Beisan (now Hamadya), Block 18 parcels 7, 8, 9	28.566 dunums
Land at Et Tira	16.000 dunums
Block 10717 parcel 5	8.133 dunums
Grand Total	81.211 dunums

Annex 4

	Block	Parcels	Area in dunums
Haifa	10813	296	0.976
		297	1.179
	10814	23	3.200
Sarona	7103	2, 3, 36	2.867
	6109	13	17.376
Neuhardthof	10733	26	8.720
		28	12.010

Verschiedene deutsche Forderungen

Gebäude und Grundstücke	Menge
Grundstück in Al Qubeibe (jetzt Kefar Hanagid) westlich von Rehovot, Anteil in Höhe der Hälfte von 48 dunums Orangenhain	25.000 dunums
Bebautes Grundstück in Beisan (jetzt Beit Shean), Block 22878 Parzelle 34	3.512 dunums
Grundstück in El Bewati bei Beisan (jetzt Hamadys), Block 18 Parzellen 7, 8, 9	28.566 dunums
Grundstück in Et Tira	16.000 dunums
Block 10717 Parzelle 5	8.133 dunums
Insgesamt	81.211 dunums

Anlage 4

	Block	Parzellen	Größe in dunums
Haifa	10813	296	0.976
		297	1.179
	10814	23	3.200
Sarona	7103	2, 3, 36	2.867
	6109	13	17.376
Neuhardthof	10733	26	8.720
		28	12.010

Denkschrift

A. Allgemeines

1. Am 10. September 1952 haben die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung des Staates Israel ein Abkommen geschlossen (Anlage 1 des Vertrages), in dem die israelische Regierung den Grundsatz anerkannt hat, daß für das in Israel verbliebene und auf Grund eines israelischen Gesetzes beschlagnahmte deutsche weltliche Vermögen Entschädigung zu leisten ist. Der für die Bemessung der Entschädigung maßgebende Wert dieses Vermögens sollte in Verhandlungen festgestellt werden. Die Verhandlungen hat die Bundesregierung geführt, soweit es sich um das Vermögen natürlicher Personen deutscher Staatsangehörigkeit oder früherer deutscher Staatsangehörigkeit handelt. Dabei ist die Bundesregierung legitimiert gewesen, die Verhandlungen auch hinsichtlich des Vermögens solcher früheren deutschen Staatsangehörigen zu führen, die inzwischen die australische oder eine andere fremde Staatsangehörigkeit erlangt haben. Über die Führung von Verhandlungen, die das Vermögen juristischer Personen betreffen, ist in dem Abkommen vom 10. September 1952 nichts gesagt. Doch hat in den Verhandlungen Übereinstimmung darüber bestanden, daß die von der israelischen Regierung grundsätzlich anerkannte Entschädigungspflicht sich auch auf das Vermögen juristischer Personen bezieht, das durch die israelische Beschlagnahmegesetzgebung betroffen worden ist.

2. Das überwiegend in Liegenschaften städtischen und ländlichen Charakters bestehende deutsche Vermögen in Israel stammt in der Hauptsache aus Gründungen der Gesellschaft „Deutscher Tempel", die seit Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts begann, in Palästina Siedlungen zu errichten. Das deutsche Siedlungswesen in Palästina gedieh allmählich zu großer Blüte. Mit dem Ausbruch des 2. Weltkrieges begann aber dann seine Auflösung. Der größere Teil der Palästinadeutschen wurde nach Australien verbracht. Ein kleinerer Teil kehrte nach Deutschland zurück. Zur Zeit leben von den für die Entschädigung in Betracht kommenden natürlichen Personen etwa 1300 Templer und etwa 100 Mitglieder der früheren evangelischen Gemeinden Palästinas in Australien, etwa 750 Templer und etwa 200 Angehörige der früheren evangelischen Gemeinden Palästinas in Deutschland, fast ausschließlich in Württemberg, und etwa 10 Personen, davon 5 britische Staatsangehörige, in anderen Ländern. Von diesen insgesamt 2350 Personen sind antragsberechtigt etwa 700 in Australien und etwa 320 in Deutschland und anderen Ländern außerhalb Australiens.

3. Die auf Grund des Abkommens vom 10. September 1952 geführten deutsch-israelischen Verhandlungen hatten zunächst keine Einigung ergeben. Die Parteien hatten daher den in dem Abkommen vorgesehenen Weg der Anrufung eines Vermittlers (Mediators) beschritten. Der Mediator, der dänische Professor Dr. Sørensen, der um einen beide Parteien bindenden Schiedsspruch über den Wert des deutschen Grundvermögens in Israel ersucht worden war, hatte dann aber auf Bitten beider Parteien einen Vermittlungsvorschlag gemacht. Er schlug vor, daß sich die Parteien auf einen Wert des deutschen Grundvermögens in Israel in Höhe von 45 Millionen DM einigen sollten. Die Parteien sind darauf wieder in Verhandlungen eingetreten, die zum Abschluß des am 1. Juni 1962 in Genf unterzeichneten Abkommens (Anlage 2 des Vertrages) geführt haben.

4. Das Abkommen vom 1. Juni 1962 geht von dem Vorschlag des Mediators aus, den Wert des deutschen Grundvermögens in Israel mit 45 Millionen DM anzunehmen. Die israelische Regierung hat sich aber noch bereiterklärt, 2 Millionen DM für das nicht in Grundstücken bestehende deutsche Vermögen und 7 Millionen DM für die von deutscher Seite verlangten Barbeträge zu zahlen, ohne aber einen deutschen Rechtsanspruch auf diese Barbeträge anzuerkennen.

5. Bei den Barbeträgen handelt es sich einmal um den Betrag von 1 793 000 £, der aus dem von der Mandatsregierung veranlaßten Verkauf bzw. aus der von dieser Regierung vorgenommenen Enteignung deutschen Vermögens in Sarona herrührt, und zum anderen um den Betrag von 346 000 £, der im wesentlichen aus Erträgnissen (Mieten, Pachten und sonstigen Nutzungen) sowie aus Verkäufen deutschen Besitzes stammt. Beide Beträge, die sich zunächst in der Hand des palästinensischen Custodian for Enemy Property befanden, sind in dem anglo-israelischen Finanzabkommen vom 30. März 1950 Israel überlassen worden.

6. In den deutsch-israelischen Verhandlungen auf Grund des Abkommens vom 10. September 1952 ist die Bundesregierung als die gegenüber der israelischen Regierung nach Völkerrecht allein zur Geltendmachung von Ansprüchen Berechtigte aufgetreten. Es hat aber zwischen der Bundesregierung und der Regierung des Australischen Bundes stets Einvernehmen darüber bestanden, daß nach Maßgabe der Ansprüche der Berechtigten, die inzwischen die australische Staatsangehörigkeit erworben oder unter Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit sich in Australien niedergelassen haben, ein Anteil an der von Israel für das deutsche Vermögen in Israel zu zahlenden und nunmehr auch gezahlten Entschädigung an Australien abzuführen sei. In dem vorliegenden Vertrag mit dem Australischen Bund ist festgelegt, in welchem Umfange der Australische Bund an der von Israel gezahlten Entschädigung zu beteiligen ist.

7. Die Zahlungen, zu denen sich Israel in dem Abkommen vom 1. Juni 1962 verpflichtet hat, sind vollständig geleistet. Mit Ausnahme der letzten, am 1. Dezember 1963 geleisteten Zahlung sind die Beträge in einem Verhältnis, über das sich die Bundesregierung und die Regierung des Australischen Bundes jeweils vorbehaltlich einer späteren endgültigen Aufteilung geeinigt haben, auf Deutschland und Australien aufgeteilt und die auf diese Länder entfallenden Anteile an die einzelnen Berechtigten verteilt worden. Nur ein Betrag von rund 17 000 000 DM ist noch unverteilt. Er ist bei der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft in Frankfurt

(Main), die nach dem Abkommen vom 1. Juni 1962 die israelischen Zahlungen in Empfang genommen hat, verzinslich angelegt worden.

8. Da sich der Abschluß des Vertrages mit Australien verzögert hat, sind die grundsätzlichen gesetzlichen Vorschriften für die Verteilung des deutschen Anteils an der von Israel gezahlten Entschädigungssumme, die ebenso wie die Festsetzung der zur Verteilung in Deutschland zur Verfügung stehenden Beträge ursprünglich von dem vorherigen Abschluß des Vertrages mit Australien abhängig gemacht werden sollten, bereits erlassen worden. Dies geschah, um, soweit möglich, alle gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß nach Zustandekommen des Vertrages mit Australien die Auszahlung an die aus dem deutschen Anteil an der Entschädigungssumme zu befriedigenden Berechtigten alsbald erfolgen kann. Das Gesetz über die Grundsätze der Verteilung dieses Anteils ist unter dem 29. März 1965 erlassen und am 8. April 1965 in Kraft getreten (vgl. Bundesgesetzbl. I S. 189). Die Beträge, die in Deutschland für die Verteilung an die einzelnen Berechtigten zur Verfügung stehen, können nunmehr, wie in dem vorgenannten Gesetz vorgesehen, bekanntgegeben werden, nachdem der Vertrag mit Australien geschlossen worden ist.

B. Die einzelnen Bestimmungen des Vertrages

Zu Artikel 1

Der Artikel ist notwendig, damit nunmehr vertraglich festgestellt wird, daß Australien mit den im Hinblick auf die Höhe der Gesamtentschädigung übrigens nicht erheblichen Abzügen, welche die israelische Regierung wegen vorzeitiger Zahlung gewisser Vorausleistungen und der letzten Abschlußzahlung vorgenommen hat, einverstanden ist. Es handelt sich, wie auch die Präambel ergibt, um folgende Beträge: 114 000 DM sind bei den Vorausleistungen, die insgesamt 22 800 000 DM betragen haben, und 35 000 DM sind bei der letzten Ausgleichszahlung, die an sich 15 600 000 DM zu betragen hatte, von israelischer Seite wegen vorzeitiger Zahlung einbehalten worden.

Zu Artikel 2

Im Artikel 2 sind die Beträge genannt, die von der Gesamtentschädigung zu Lasten beider vertragsschließenden Staaten abzusetzen sind, ehe die Aufteilung des verbliebenen Betrages auf Deutschland und Australien erfolgen kann. Der unter a genannte Betrag von 826 093 DM ist für die in Artikel 1 berücksichtigten Zinsabzüge und für gemeinschaftliche Unkosten bereits verwendet worden. Der unter b genannte Betrag von 893 907 DM soll zur Bestreitung künftig noch entstehender gemeinsamer Unkosten zur Verfügung stehen. Das Recht zur Verfügung über diesen Betrag soll bis zu der im Artikel 2 unter b genannten Höhe von 348 907 DM dem Verein der Palästinadeutschen e. V. in Stuttgart und dem Templar Committee in Australien zustehen. Zur Verfügung ist aber aus Kontrollgründen jeweils die Ermächtigung des Bundesministers der Finanzen einzuholen. Der Verein der Palästinadeutschen in Stuttgart vertritt die Interessen der aus dem deutschen Anteil an der Entschädigungssumme zu entschädigenden Personen, während das Templar Committee in Australien die Interessen der aus dem australischen Anteil an der Entschädigungssumme zu entschädigenden Personen vertritt. Über die Verwendung des in Artikel 2 unter b genannten Restbetrages von 445 000 DM besteht unter den vertragsschließenden Staaten noch kein Einvernehmen. Es erschien angezeigt, hierüber eine Verständigung der Regierungen der vertragsschließenden Staaten vorzubehalten. Soweit nach Bestreitung aller gemeinsamer Unkosten etwa noch ein Betrag verbleibt, sollen wiederum der Verein der Palästinadeutschen und das Templar Committee mit Ermächtigung des Bundesministers der Finanzen Verfügung zu treffen berechtigt sein. Die im Artikel 2 unter a und b genannten Beträge von 826 093 + 793 907 = 1 620 000 DM entsprechen 3 % der Gesamtentschädigungssumme von 54 000 000 DM.

Zu Artikel 3

In Absatz 1 ist zunächst bestimmt, welcher Betrag nach Abzug der in Artikel 2 vorweg abzusetzenden Beträge zur Aufteilung auf Deutschland und Australien zur Verfügung steht.

In Absatz 2 ist sodann festgelegt, welche Beträge auf die einzelnen von Israel als Entschädigung für das deutsche weltliche Vermögen in Israel gezahlten Beträge entfallen. Der unter a genannte auf das Grundvermögen entfallende Betrag (43 650 000 DM) entspricht dem nach dem Abkommen vom 1. Juni 1962 für das Grundvermögen vorgesehenen Betrag von 45 Millionen DM, jedoch sind hier die von israelischer Seite wegen vorzeitiger Zahlung berechneten Zinsen und die Unkosten anteilig abgesetzt. Die unter b und c genannten beiden Beträge (5 691 664 DM und 1 098 336 DM) entsprechen, wiederum nach Abzug der anteiligen Zinsen und Unkosten, den von israelischer Seite für die von deutscher Seite verlangten Barbeträge zugestandenen 7 000 000 DM. Die von deutscher Seite verlangten Barbeträge betrugen insgesamt 23 999 580 DM. Statt dessen hat Israel nur 7 000 000 DM, also 29,16718 % zugestanden. Unter Zugrundelegung dieses Prozentsatzes und nach Abzug der Zinsen und Unkosten ergibt sich für den von deutscher Seite verlangten Barbetrag von 1 793 000 £ ein Betrag von 5 691 664 DM und für den von deutschen Seite verlangten Barbetrag von 346 000 £ der Betrag von 1 098 336 DM. Der unter d genannte Betrag (1 940 000 DM) entspricht dem von israelischer Seite für das nicht in Grundstücken bestehende deutsche Vermögen zugestandenen Betrag von 2 000 000 DM. Doch sind auch hier wieder anteilige Zinsen und Unkosten abgezogen.

Zu Artikel 4

Die im Artikel 4 vorgesehene Absetzung der Beträge von 1 098 336 DM und 1 940 000 DM soll nur vorläufig erfolgen. Über die Aufteilung dieser Beträge auf Deutschland und Australien wollen sich die Regierungen der vertragschließenden Staaten, wie in den Artikeln 7 und 8 vorgesehen, noch verständigen.

Zu Artikel 5

In Absatz 1 ist bestimmt, wie der zur alsbaldigen Aufteilung zur Verfügung stehende Betrag von 49 341 664 DM [52 380 000 DM — (1 098 336 DM + 1 940 000 DM) vgl. Artikel 4] auf Deutschland und Australien aufgeteilt werden soll.

Wie sich aus Absatz 2 ergibt, ist der auf das Grundvermögen entfallende Betrag von 43 650 000 DM im Verhältnis 40 % : 60 %, der Barbetrag von 5 691 664 DM im Verhältnis 13,126 % : 86,844 % auf Deutschland und Australien aufgeteilt worden. Diese Relationen ergeben sich aus den Ansprüchen der Personen, die aus dem deutschen und aus dem australischen Anteil an den auf die hier in Betracht kommenden Schadensgruppen (Grundvermögen und Barbetrag von 5 691 664 DM) entfallenden Beträgen zu entschädigen sind.

In Absatz 3 sind dann die Beträge abgezogen, die Australien aus den von Israel geleisteten Zahlungen bereits erhalten hat.

Nach Absatz 4 soll der Australien noch zustehende Restbetrag von 8 410 911 DM zuzüglich der bis zum Zeitpunkt der Überweisung aufgelaufenen Zinsen und unter Abzug der Überweisungskosten binnen 30 Tagen nach Inkrafttreten dieses Vertrages gezahlt werden. Das entspricht dem Bestreben der vertragsschließenden Staaten, die dem Australischen Bund aus den alsbald verfügbaren Beträgen zustehende Restzahlung sobald wie möglich zu leisten.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung in Absatz 1 hat ihren Grund darin, daß von israelischer Seite nur für das Grundvermögen Entschädigung geleistet worden ist, über dessen Wert der Mediator einen Schiedsspruch fällen sollte und auf das sich dann auch der Vermittlungsvorschlag des Mediators bezogen hat.

Die Bestimmung in Absatz 2 hat ihren Grund darin, daß der Betrag von 5 691 664 DM nur an Personen verteilt werden kann, deren Grundstücke durch die zugunsten der Stadt Tel Aviv und der Gemeinden Ramat Gan, Bnei Braq und Givatayim angeordneten Maßnahmen tatsächlich betroffen worden und als Gegenwert in dem auf den Betrag von 1 793 000 £ entfallenden Teilbetrag des von Israel für die Barbeträge zugestandenen Gesamtbetrages von 7 000 000 DM enthalten sind.

Zu Artikel 7

Sowohl die Bundesregierung als auch die australische Regierung sind der Auffassung, daß Ansprüche auf Vermögenswerte, deren Gegenwert in dem Betrag von 346 000 £ enthalten ist, mit Aussicht auf Erfolg nicht werden geltend gemacht werden können. Soweit das aber doch geschieht, werden die Ansprüche aus dem Betrag von 1 098 040 DM befriedigt werden, welcher dem auf den Betrag von 346 000 £ entfallenden Teilbetrag des von Israel für die Barbeträge zugestandenen Gesamtbetrages von 7 000 000 DM entspricht. Soweit Ansprüche nicht geltend gemacht werden können, entspricht die Verwendung des dann zur Verfügung stehenden Betrages zur Entschädigung solcher Personen, die für den Verlust ihrer Grundstücke in Sarona aus englischen an Australien geleisteten Zahlungen bisher nichts erhalten haben, einem Gebot der Gerechtigkeit. In Absatz 3 ist dann der Grundsatz festgelegt, nach welchem die Aufteilung des in Frage stehenden Betrages auf Deutschland und Australien schließlich erfolgen soll.

Zu Artikel 8

Absatz 1 enthält den Grundsatz, daß der auf das nicht in Grundstücken bestehende Vermögen entfallende Betrag von 1 940 000 DM nur für Verluste an Betriebsvermögen verwendet werden soll. Nach den Verhältnissen, wie sie bei Errichtung des Staates Israel bestanden, waren außer Betriebsvermögen andere Vermögensgegenstände von irgendwie beachtlichem Wert nicht mehr im Besitz der damals noch in Palästina verbliebenen Deutschen. Diese Vermögensgegenstände waren entweder enteignet, zerstört, geplündert oder von den Eigentümern selbst verwendet worden. Nach Auffassung der vertragsschließenden Staaten muß daher davon ausgegangen werden, daß Israel für anderes Vermögen als Betriebsvermögen keine Entschädigung geleistet hat, weil solches anderes Vermögen von der israelischen Beschlagnahmegesetzgebung nicht mehr betroffen worden ist. Selbst wenn derartige andere Vermögensgegenstände von Israel noch übernommen worden sein sollten, so wird heute niemand mehr sein Eigentum an diesen Vermögensgegenständen nachweisen können. Gegebenenfalls würden Personen, die ein solches Eigentum nachweisen könnten, ebenso wie Personen, deren Eigentum von Israel nicht übernommen worden ist, auch soweit sie sich in Australien befinden, nach dem Lastenausgleichsgesetz oder dem künftigen Reparationsschädengesetz Entschädigung erhalten können.

Nach Absatz 1 ist ferner vorgesehen, daß die Feststellungen über die Verluste an Betriebsvermögen von dem Ausgleichsamt Stuttgart sowohl für die Anspruchsberechtigten in Australien als auch für die Anspruchsberechtigten außerhalb Australiens getroffen werden. Die nach deutschen gesetzlichen Vorschriften erfolgende Feststellung durch eine deutsche Ausgleichsbehörde entspricht nach der Auffassung der vertragsschließenden Staaten am besten dem Bestreben nach Gleichmäßigkeit. Gegen die Feststellungsbescheide des Ausgleichsamtes Stuttgart stehen auch von Australien zu entschädigenden Personen die gleichen Rechtsmittel zu, die den von Deutschland zu entschädigenden Personen nach den deutschen Rechtsvorschriften zustehen. Das ist in dem Briefwechsel Nr. 1 ausdrücklich festgelegt.

In Absatz 2 ist, um australischen Wünschen Rechnung zu tragen, vorgesehen, daß es jedem der vertragsschließenden Staaten unbenommen bleiben soll, den auf ihn entfallenden, für die Verluste an Betriebsvermögen festgestellten Betrag auch anderweitig zu verwenden.

Zu Artikel 9

Artikel 9 dient dem Zwecke, die Grundsätze für die innere Verteilung der auf Deutschland und Australien entfallenden Anteile an der Gesamtentschädigung unter Berücksichtigung der Rechtslage, die in

Deutschland und in Australien verschieden ist, festzulegen. Der Stichtag, nach dem zu beurteilen ist, wer aus dem deutschen und wer aus dem australischen Anteil an der Gesamtentschädigung entschädigt werden soll, kann nach der Auffassung der vertragsschließenden Staaten auf keinen anderen Zeitpunkt als auf den 1. Juni 1962 festgelegt werden, d. h. auf den Zeitpunkt des Abschlusses des deutsch-israelischen Abkommens, in dem die von Israel für das deutsche weltliche Vermögen in Israel zu zahlende Entschädigung endgültig vereinbart worden ist.

Zu Artikel 10

Nach Auffassung der vertragsschließenden Staaten entspricht es einem Gebot der Gleichmäßigkeit, wenn bei der Bestimmung der Höhe der an die einzelnen Berechtigten in Deutschland und in Australien zu zahlenden Entschädigung nach den gleichen Grundsätzen ermittelte Schlüsselzahlen zugrunde gelegt werden.

Zu Artikel 11

Eine Bestimmung über die Aufteilung der juristischen Personen zustehenden Entschädigung ist notwendig, da die juristischen Personen, um die es sich hier handelt, und die früher ihren Sitz im Mandatsgebiet Palästina hatten, weder in Deutschland noch in Australien noch in einem anderen Lande einen neuen Sitz begründet haben. Für Vermögen dieser juristischen Personen hat aber Israel Entschädigung geleistet. Für das vorgesehene Aufteilungsverhältnis maßgebend ist die Art des Vermögens, das die juristische Person in Israel verloren hat (Grundvermögen, Anteil an den Barbeträgen, Betriebsvermögen). Somit werden nach Artikel 4 Abs. 2 des Vertrages die Entschädigungsbeträge der juristischen Personen für Grundvermögen im Verhältnis von 40 Prozent zu 60 Prozent und für den Barbetrag von 5 691 664 DM im Verhältnis von 13,126 Prozent zu 86,874 Prozent auf Deutschland und Australien aufgeteilt, während die Entschädigungsbeträge der juristischen Personen für die noch nicht aufgeteilten Beträge von 1 098 336 DM und 1 940 000 DM nach Artikel 7 und 8 des Vertrages in dem Verhältnis auf Deutschland und Australien aufgeteilt werden sollen, das sich aus der Gegenüberstellung der auf natürliche Personen hier entfallenden Entschädigungsbeträge ergibt. Aus diesen Aufteilungen bestimmt sich auch der Umfang der Ansprüche juristischer Personen gegen die beiden Vertragsstaaten (für die Bundesrepublik Deutschland vgl. § 3 Buchstabe b des Verteilungsgesetzes vom 19. März 1965 [Bundesgesetzbl. I S. 189]).

Im wesentlichen ist es nur die Zentralkasse der Tempel-Gesellschaft, die hier in Betracht kommt.

Zu Artikel 12

Die in Artikel 12 von australischer Seite ausgesprochene Bestätigung, daß die Wahrnehmung der Interessen australischer Staatsangehöriger in den Verhandlungen und bei Abschluß des Abkommens mit der israelischen Regierung auf der Zustimmung und Ermächtigung beruht hat, die sowohl die australische Regierung wie auch die einzelnen australischen Staatsangehörigen erklärt haben, und welche die Bundesregierung angenommen hat, war notwendig im Hinblick auf die im Briefwechsel Nr. 3 zum deutsch-israelischen Abkommen vom 1. Juni 1962 von deutscher Seite abgegebene Erklärung.

Zu Artikel 13

Artikel 13 entspricht einem von deutscher Seite geäußerten Wunsch, der von australischer Seite als berechtigt anerkannt worden ist und dem nunmehr Rechnung getragen wird.

Zu Artikel 14

Auch Artikel 14 entspricht einem von deutscher Seite geäußerten Wunsch. Er enthält eine Art Saldoquittung des Australischen Bundes gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Der Australische Bund erkennt an, daß sein nach diesem Vertrage sich ergebender Anteil den gerechten Anteil an der von Israel gezahlten Gesamtentschädigung darstellt und daß, nachdem dieser Anteil vollständig gezahlt ist, weder er selbst noch die australischen Staatsangehörigen, deren Interessen die Bundesregierung wahrgenommen hat, oder Personen, die aus dem australischen Anteil an der Gesamtentschädigung zu entschädigen sind, mit Bezug auf diese Entschädigung Ansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen haben.

Zu Artikel 15

Artikel 15 enthält die in Verträgen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 16

Artikel 16 enthält den Vorbehalt der Ratifikation, der notwendig ist, da nach der Auffassung der vertragsschließenden Staaten die getroffene Regelung Gegenstand eines Vertrages sein muß. Nach dem Briefwechsel Nr. 2 wollen sich aber die vertragsschließenden Staaten gegebenenfalls über eine vorläufige Anwendung des Vertrages verständigen, um die Möglichkeit der Schlußzahlungen an die einzelnen Berechtigten in Deutschland und in Australien nicht über das Ende des Jahres 1965 oder den Anfang des Jahres 1966 noch weiter hinausschieben zu müssen. Sollte der Bundestag dem Vertrag noch vor Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode zustimmen und die Ratifikation dann auch alsbald erfolgen können, wird der Briefwechsel Nr. 2 gegenstandslos.

Bo 20 164 6. 65